

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß gerade die Frage, die der Herr Vorredner in Bezug auf die polnischen Landarbeiter angeschnitten hat, scharf beleuchtet, um was es sich handelt. Denn daß wir im Osten Deutschlands noch ungezählte polnische Landarbeiter beschäftigen, ist doch gewiß nicht Schuld des Regierungssystems Severing-Braun (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern es ist doch in erster Linie Schuld der Großgrundbesitzer, die gerade bei den letzten Wahlen sehr undankgemäß gehandelt haben. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend sind wir nicht abgeneigt, auch in dieser Frage mitzuarbeiten unter sachlicher Bewertung der Notwendigkeiten. Die Gewerkschaften, besonders der Deutsche Bauergewerksbund, haben in sehr eindeutiger Form ungezählte Liebergriffe festgestellt. Wir können deshalb unter keinen Umständen so weit mitgehen, daß auch in dieser Frage eine verantwortungslose Politik einsetzt. Wir können nicht von dem Gesichtspunkte ausgehen: Entweder alles oder gar nichts. Weil wir von dieser Verantwortung getragen sind, bitten wir alle Kreise, mit uns gemeinsam dahin zu wirken, daß der freiwillige Arbeitsdienst so gehalten und so aufgezogen wird, daß er nicht zur wirtschaftlichen Unvernunft, sondern zur wirtschaftlichen Vernunft führt. Wir warnen auch davor, gerade hierbei wieder zum Ausdruck zu bringen, als wenn jetzt von der Schaffung des freiwilligen Arbeitsdienstes die deutsche Wirtschaft gerettet würde. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Schüler: Sehr richtig!) Die deutsche Sozialdemokratie und auch unsere sozialdemokratische Provinziallandtagsfraktion hat in der Vergangenheit und im vorigen Jahre besonders mehr als einmal auf die unvernünftige Forderung hingewiesen, die immer wieder ausklang in dem Rufe: Sparen, sparen um jeden Preis! Mit innerer Befriedigung konnte unsere Fraktionsführung seit vorgestern feststellen, daß von der Verwaltung sowohl wie auch von den Rednern des Hauses die zu starke Drosse-

lung beinahe als eine Erdrosselung empfunden wurde. So sind wir auch für die Zukunft gewillt, in dieser Frage mitzuarbeiten zum Wohle aller. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Getrennte Abstimmung wird nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die für die Anträge des II. Sachausschusses zu den Beschlusnummern 26 bis 32 der Tagesordnung sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschloffen. Damit ist unsere Tagesordnung für heute erledigt.

Wegen der Einteilung des morgigen Tages möchte ich vorschlagen, zunächst mich zu ermächtigen, die Tagesordnung festzusetzen und auf diese Tagesordnung alles das zu setzen, was aus den Ausschüssen und vom Provinzialausschuß als erledigt und beschlußreif abgegeben wird. — Sie widersprechen nicht und haben damit die Ermächtigung erteilt.

Für morgen früh ist vorgesehen um 9 Uhr eventuell eine zweite Sitzung des Landesbankausschusses; auf 11 Uhr bitte ich die Fraktionen einzuladen; um 12 Uhr soll eine Sitzung des I. Sachausschusses sein, ich glaube, um dieselbe Zeit auch des II. Sachausschusses, um 10 Uhr eine Sitzung des III. Sachausschusses.

Es wird nach meinem Ueberblick genügen, wenn wir morgen um 4 Uhr mit der Plenarsitzung beginnen. Wir würden dann meiner Schätzung nach gegen 7 Uhr fertig werden. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um die Ermächtigung, morgen die Sitzung des Plenums auf 4 Uhr anzuberäumen mit der Tagesordnung, die eben angedeutet wurde. Den Ältestenausschuß bitte ich zwecks Vorbereitungen der geschäftlichen Behandlung der Tagesordnung um 3¼ Uhr sich zusammenzufinden. — Damit sind Sie einverstanden. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 15 Uhr 45 Minuten.)

## Vierte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Freitag, den 29. April 1932.

(Beginn: 16 Uhr 30 Minuten.)

### Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1930 bis 31. März 1931.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 10 bis 13 des Haushaltsplans für 1932, betreffend allgemeine Verwaltung.

In Verbindung hiermit:

- a) Antrag der SPD.-Fraktion auf Streichung der in Kapitel 13, Titel 20 b und Kapitel 11, Titel 3 des Haushaltsplans für 1932 vorgesehenen Mittel.

- b) Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Kürzung der Gehälter und Pensionen der Provinzialbeamten.
4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte und Anträge des Provinzialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit der Landesräte Dr. Diefenhardt, Müller und Zillikens.
5. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte und Anträge des Provinzialausschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit des Landesmedizinalrats Dr. Wiehl.
6. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 79 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Befoldungen und andere persönliche Ausgaben der Provinzial-

beamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 26).

7. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 70 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verwaltungskosten der Landesbau der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 22).
8. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 72 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 23).
9. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Abänderung des § 4 der Satzung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.  
In Verbindung hiermit:
  - a) Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Zahlung von Vergütungen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an Beamte.
  - b) Antrag der KPD.-Fraktion, die Vergütungen, welche die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt den Bürgermeistern zahlt, den Gemeinden zu Wohlfahrtszwecken zur Verfügung zu stellen.
10. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 77 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz; hierzu Unterhaushaltsplan (Anlage 25).
11. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 76 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Ruhegehalts- und Witwen- und Waisenkassen.
12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend Aenderung der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Aemter und Landgemeinden und der Ruhegehaltskasse der Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz.  
In Verbindung hiermit:  
Antrag der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Aenderung des § 5 Absatz 2 der Satzungsänderung.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 78 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Gemeindefallversicherungsverband „Rheinprovinz und Hohenzollern“.
14. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 32 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Förderung des Gewerbes.
15. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 35, Titel 1 bis 3 und 6 sowie Kapitel 39 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Wohnungswesen und Landesplanung pp.; hierzu Unterhaushaltsplan für das Provinzial-Institut für Arbeits- und Berufsforschung (Anlage 21).
16. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Berichte und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend die Aufnahme von zwei Staatsdarlehen im Betrage von 500 000 RM und 300 000 RM für die Rheinische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft m. b. H.
17. Anträge auf Entlastung von Rechnungen.

Antrag des I. Sachausschusses,

- |   |   |      |   |
|---|---|------|---|
| " | " | II.  | " |
| " | " | III. | " |
| " | " | IV.  | " |
| " | " | V.   | " |
| " | " | VI.  | " |

#### Nachtrags-Tagesordnung:

18. Vornahme der Neuwahl des Wasserbeirates für die Rheinprovinz.
19. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, den Landeshauptmann und die Vertreter der Provinz im Reichs- und Staatsrat zu ersuchen, zur Verhinderung des Zusammenbruchs der Gemeinden von der Reichs- und Staatsregierung sofortige Maßnahmen zu fordern.
20. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, den bei Kapitel 39, Titel 1 des Haushaltsplans für 1932 für das Provinzial-Institut für Arbeits- und Berufsforschung eingesezten Betrag von 31 000 RM für Zwecke der Säuglingspflege zu verwenden.
21. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Entschließungsantrage der KPD.-Fraktion zur Kollage der Mitglieder der Holzheimer Spar- und Darlehenskasse in Holzheim bei Neuß.
22. Antrag des III. und I. Sachausschusses zu Kapitel 20 bis 29 und 120 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verkehrswesen.
23. Antrag des I. Sachausschusses zu Kapitel 1 bis 9 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Finanzverwaltung.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1932 nebst Vorbericht hierzu.
25. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“, betreffend Vorlage eines Berichts über die Auswirkungen einer Gleichstellung in der Höhe der beiden Umlagefeuerarten.
26. Antrag des I. Sachausschusses
  - a) zu dem Antrage der Fraktion „Christlicher Volksdienst und Bauernpartei“,
  - b) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes.
27. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Entschließungsantrage der KPD.-Fraktion, betreffend Auflösung der Schwalm-Meliorationsgenossenschaft.  
Vorstehender Dr. Jares: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen und möglichst die Türen hinten geschlossen zu halten.  
Die Niederschrift über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.  
Schriftführer sind für die heutige Sitzung zunächst die Herren Dr. Claes und Kurth. Ich bitte, die Wortmeldungen hier bei meinem linken Herrn Nachbarn schriftlich einzureichen.  
Die Tagesordnung für die heutige Sitzung liegt Ihnen vor. Es wird Ihnen aber nachher nach Beschluß des Ältestenrates noch eine Nachtrags-Tagesordnung vorgelegt werden, die diejenigen Gegenstände enthält, die die Sachausschüsse, namentlich der I. Sachausschuß,

heute noch erledigt haben. Es bleibt dann noch ein Punkt offen, der noch nicht erledigt ist, ein Antrag der SPD. auf Verkürzung der Arbeitszeit in den provinziellen Anstalten. Damit dieser Punkt morgen als erster Punkt noch auf die Tagesordnung kann, bitte ich im Einverständnis mit dem Herrn Vorsitzenden des I. Sachausschusses die Mitglieder des I. Sachausschusses, gleich um 5 Uhr während unserer Vollsitzung in dem Zimmer drüben noch zu einer kurzen Beratung zusammenzutreten.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Sorion: Darf ich hier auf etwas aufmerksam machen? Es handelt sich um einen Antrag auf Neuregelung der Arbeitszeit in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten. Infolgedessen wird dieser Antrag, der in die Verwaltung der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten einschneidend eingreift, zuerst dem V. Sachausschuß zu überweisen sein, dem Sachausschuß, der die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten behandelt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es wird nicht möglich sein, den V. und den I. Sachausschuß heute während des Plenums damit zu befassen. Auf der anderen Seite wird es aber wahrscheinlich notwendig sein, daß die Fraktionen nach dem Plenum heute noch zusammentreten. Es bleibt also zu entscheiden: Sollen die Fraktionen heute zusammentreten oder morgen vor der Plenarsitzung? Es wird vom Ältestenrat angeregt, die Plenarsitzung morgen pünktlich um 9½ Uhr stattfinden zu lassen. Wünschen Sie also heute Fraktionssitzung, dann müßten die Ausschüsse morgen zusammentreten. Ich glaube, unter diesen Verhältnissen ist es besser, wenn die Ausschüsse beide heute abend noch, vielleicht zu gemeinsamer Verhandlung, zusammentreten.

Herr Abgeordneter Dr. Hagen.

Abgeordneter Dr. Hagen: Dann bitte ich trotzdem, daß die Ausschüsse um 5 Uhr zusammentreten, weil sonst nicht abzusehen ist, wann das sein soll.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es sind 30 Mitglieder des Hauses, die dann hier austreten müßten.

Abgeordneter Dr. Hagen: Vielleicht läßt es sich ermöglichen, die Sache morgen vormittag vor der Sitzung zu machen, denn 30 Mitglieder können natürlich hier nicht fehlen. Wenn wir dann sagten: morgen früh, 9.15 Uhr?

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind Sie damit einverstanden, daß diese beiden Sachausschüsse morgen um 9 Uhr zu gemeinschaftlicher Sitzung zusammentreten? (Zustimmung.) Es ist so beschlossen. Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Die Einladung ist hiermit ergangen. V. und I. Sachausschuß morgen um 9 Uhr auf Zimmer 38.

Meine Damen und Herren, der Ältestenausschuß schlägt Ihnen vor, die Punkte, die heute auf der Tagesordnung stehen, wie folgt zu erledigen:

Nr. 2 für sich,	Redezeit 5 Minuten,	
Nr. 3 " "	" 5 "	
Nr. 4 und 5 zusammen,	" 5 "	
Nr. 6 bis 13 "	" 15 "	
Nr. 14 für sich,	" 5 "	
Nr. 15, verbunden mit der Druck-		
sache 54, zusammen mit Nr. 16,	" 10 "	
Nr. 17 für sich,	" 5 "	

Dieser Vorschlag bedarf zu seiner Durchführung der Zustimmung von drei Vierteln des Hauses. Ich bitte diejenigen, die für diese Vorschläge sind, die vom Ältestenrat einstimmig gemacht werden, sich zu erheben. — Das ist die erforderliche Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich werde dann über die geschäftliche Behandlung der Nachtragstagesordnung nachher noch Beschluß fassen lassen.

Eingänge sind nicht mitzuteilen.

Wir kommen zu Punkt 2.

Hier ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Maus, dem ich das Wort erteile.

Abgeordneter Maus: Den Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 beantragt der Sachausschuß I, der Provinziallandtag möge den Bericht nach Kenntnisnahme als erledigt ansehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 3 derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Maus: Zu Kapitel 10 bis 13 des Haushaltsplans für 1932, betreffend allgemeine Verwaltung, beantragt der Sachausschuß I, die beiden Anträge der kommunistischen Fraktion gemäß Drucksache 30 und 31 abzulehnen, im übrigen den Haushaltsplan anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Die kommunistische Fraktion hat beantragt, die Gehälter der Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz in ihren Höchstgruppen auf 6000 RM und die Ruhegehälter auf 5000 RM herabzusetzen, eine Forderung, die von uns nicht nur im Provinziallandtag, sondern in allen parlamentarischen Körperschaften gestellt wird. Wir sind der Auffassung, daß Gehälter von 6000 RM und Ruhegehälter von 5000 RM immer noch ausreichen, um ein einigermaßen anständiges Leben zu führen (Sehr gut! bei den Kommunisten). Wir sind wegen dieser unserer Forderungen in all den parlamentarischen Einrichtungen, wo sie zur Debatte standen, angegriffen worden, und man wirft uns aus diesem Grunde Beamtenfeindlichkeit vor. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß man den Kommunisten Beamtenfeindlichkeit vorwerfen kann, wenn man in bewußter Absicht seitens der Verwaltung, in diesem Falle seitens des Präsidiums, unsere Anträge auf der Tagesordnung einfach als Anträge betreffend Kürzung der Gehälter und Pensionen der Provinzialbeamten bezeichnet. Das erweckt den Anschein, als ob wir für alle Beamten und Angestellten der Provinzialverwaltung, also auch für die mittleren und unteren Gruppen, eine Gehaltskürzung herbeiführen wollten. Das Gegenteil ist der Fall. Die kommunistische Fraktion tritt überall für eine Besserstellung der unteren sowohl wie auch der mittleren Gruppen ein, und zwar deshalb, weil sie weiß, daß bei ihnen, genau wie bei den Arbeitern, den Unterstützungsempfängern und den sonstigen Versorgungsberechtigten die größten Abstriche und die größten Kürzungen der Gehälter, Löhne und Unterstützungen eingesetzt haben. Wir wehren uns mit aller

Entschiedenheit dagegen, einen solchen Vorwurf auf uns sitzen zu lassen, und lehnen einen solchen Vorwurf ab.

Wer aber beamtenfeindlich ist, dazu nur ein paar Bemerkungen. Sind es nicht die Regierung Brüning im Reich und die Regierung Braun-Severing in Preußen, die in den letzten Jahren eine Notverordnung nach der anderen erlassen haben, wodurch die Gehälter der Angestellten und Beamten der unteren und mittleren Gruppen geradezu auf das rigorosste herabgesetzt worden sind, wohingegen man bei den Oberbeamten Gehaltskürzungen vorgenommen hat, die für sie so gut wie nicht in Erscheinung treten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wenn auch prozentual in dem einen oder anderen Falle eine Rechnung aufgestellt wird, die eine Minderung von 20 bis 25 Prozent ausmacht, so macht diese Minderung, an der Summe gesehen, für diese hohen Beamten nur eine Bagatelle aus. Es werden heute noch Gehälter bis zu 50 und 60 000 RM im Reich und bis zu 30 000 RM in der Provinzialverwaltung gezahlt (Hört, hört! bei den Kommunisten), wogegen bei den unteren und mittleren Gruppen der Angestellten und Beamten Kürzungen vorgenommen wurden, die bis zu 50 Prozent ihres Gehalts gehen, und die Gehälter in Summen ausgedrückt werden, die heute zum großen Teil nicht einmal mehr 2000 RM im Jahre erreichen. Ja, die Braun-Severing-Regierung, das angebliche Bollwerk der demokratischen Stütze in Deutschland, sie ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat neben der Notverordnung Brünings am 12. September 1931 eine eigene Notverordnung herausgegeben, wodurch den preußischen Beamten und Angestellten, auch wieder in den untersten Gruppen, neben der Gehaltskürzung, die in der Reichsnotverordnung vorgesehen war, eine weitere Kürzung der Gehälter auferlegt worden ist. Die kommunistische Landtagsfraktion hat im Preussischen Landtag gefordert, diese Notverordnung aufzuheben. Die Reichstagsfraktion hat im Reich gefordert, diese Notverordnung aufzuheben. Wer war gegen Aufhebung dieser Notverordnung? Das heißt: wer hat diese beamtenfeindliche Politik der Herabsetzung der Gehälter unterstützt? Die sozialdemokratische Fraktion bis zu allen übrigen Fraktionen. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, es ist notwendig, an dieser Stelle diese Dinge aufzuzeigen. Leider haben wir infolge der kurzen Redezeit nicht die Möglichkeit, ausführlich in alle Einzelheiten einzusteigen.

Wir haben dann weiter gefordert, daß die zu persönlichen Zwecken dem Landeshauptmann und den Vorsitzenden des Provinzialausschusses zur Verfügung stehenden Summen gestrichen werden, und zwar aus dem Grunde, weil keiner von uns die Möglichkeit hat, zu prüfen, für welche Zwecke diese Mittel ausgegeben werden. Ich darf dabei betonen, daß uns in der Formulierung unseres Antrages insofern ein Irrtum unterlaufen ist, als es auf Drucksache 31 im zweiten Satz nicht heißen muß: „Zur Verfügung des Provinzialausschusses“, sondern: „Zur Verfügung des Vorsitzenden des Provinzialausschusses“.

Wir verweisen ferner darauf, daß neben den jetzt schon vorgenommenen Gehaltskürzungen zweifellos in den nächsten Tagen weitere Gehaltskürzungen kommen werden. Die unteren Angestellten und Beamten werden sich dann wieder überzeugen können, wo die beamtenfeindlichen Parteien sitzen.

Bei den Unterstützungsempfängern — das haben wir bereits vor den Wahlen zum Ausdruck gebracht — werden ebenfalls nach den Wahlen weitere Kürzungen einsehen. Wie ich eben bereits erfahren habe, hat die Regierung schon einen Runderlaß herausgegeben, wonach die Wohlfahrtsunterstützungsätze um weitere 8, 10 und 12 Prozent herabgesetzt werden sollen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das sind Tatsachen, die wir in aller Kürze bei dieser Gelegenheit aufzeigen. Wir nehmen an, daß nunmehr insbesondere die unteren Angestellten und Beamten, wie auch die mittleren Gruppen dieser Kategorie in Zukunft wissen werden, zu welcher Partei sie das Vertrauen haben müssen, wenn sie nicht, wie die Arbeiter und Unterstützungsempfänger, weiter in ihrer Lebenshaltung verschlechtert werden wollen. Sie werden erkennen müssen, daß sie gemeinschaftlich mit der kommunistischen Partei den Kampf zur Beseitigung des heutigen Systems durchführen müssen, um in der kommenden Gesellschaftsordnung des Kommunismus ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die zu Nr. 3 der Tagesordnung für die Anträge des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu den Punkten 4 und 5, die miteinander verbunden sind, ist Berichterstatter Herr Dr. Hartmann, dem ich das Wort gebe.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren, bei den Vorlagen 4 und 5 hat sich der Sachausschuß mit der Frage beschäftigt, ob die Befegung der frei gewordenen Stellen wieder notwendig sei oder nicht. Er hat diese Frage in allen Fällen bejaht, sowohl bei den Herren Landesräten wie auch bei dem Herrn Landesmedizinalrat. Bei letzterem wird ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich nicht nur um einen sachverständigen Beirat handelt, sondern um den Abteilungsdirigenten des Freiwesens, eine Stelle, die früher dagewesen und auch jetzt unbedingt wieder zu besetzen ist. Der Sachausschuß stimmt auch den Bedingungen zu, die der Provinzialausschuß aufgestellt hat, und in dankbarer Würdigung der treuen und erfolgreichen Arbeit der ausscheidenden Landesräte empfiehlt er unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Nach der Verordnung über die Wahlen zum Provinziallandtag können diese Wahlen durch Zuzuf erfolgen, wenn niemand widerspricht. (Zuzuf des Abgeordneten Dunder: Wir lehnen ab!) Die Stellen oder die Personen? (Zuzuf des Abgeordneten Dunder: Wir lehnen die Stellen ab!) Dann darf ich, wenn kein Widerspruch sich erhebt, die Wiederwahl der Herren durch Zuzuf feststellen. — Den wiedergewählten Herren Landesräten spreche ich herzlichsten Glückwunsch aus.

Wir kommen zu den miteinander verbundenen Punkten 6 bis 13 der Tagesordnung.

Berichterstatter zunächst zu Nr. 6 bis 8, dann zu 11 bis 13 ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Zu Punkt 6 empfiehlt Ihnen der I. Sachausschuß unveränderte Annahme.

Zu Punkt 7 ist zu bemerken, daß an sich die Feststellung dieses Haushaltsplans stets schon eine formelle

Sache gewesen ist, daß sie es jetzt aber erst recht ist, nachdem die Geschäfte der Landesbank vom Herrn Staatskommissar geführt werden. Dieser hat auch die Befugnis über die Ausgaben bei der Landesbank. Aber wir wissen, daß er sich bisher in dem Rahmen der festgesetzten Ausgaben gehalten hat. Infolgedessen hielten wir die Festsetzung auch jetzt für erforderlich.

Ein zweiter Grund war maßgebend. Er bestand darin, daß das Rechtsverhältnis der Beamten der Landesbank zur Provinz auch bei den heutigen Verhältnissen keine Änderung erfahren hat und daß dieses Rechtsverhältnis durch Neu festsetzung wiederum zum Ausdruck kommen soll.

Der Rückgang der Ausgaben, und zwar dadurch, daß das Personal von rund 620 Köpfen auf 372 zurückgegangen ist und der Besoldungsaufwand von einer Million auf rund 700 000 RM, beruht einzig und allein darauf, daß eine Reihe der Beamten und Angestellten beurlaubt worden ist, um bei dem vorläufigen Giroverband der Girokasse in Köln zu arbeiten. Dadurch ist die Ermäßigung herbeigeführt worden. Die Rechtsverhältnisse auch dieser Beamten werden an sich nicht berührt, sondern die Abkommandierung ist nur eine Berechnung zwischen der Landesbank und der Girokasse.

Daher empfiehlt der Sachausschuß Zustimmung und unveränderte Annahme der Vorlage des Provinzialausschusses.

Beim nächsten Punkt, der Feuerversicherungsanstalt, ist nur eine Position aufgefallen, und zwar ist das die Position V,1 zur Verbesserung der Feuerlöcheinrichtungen für besonders wirksame Löschhilfe. Sie ist von 250 000 auf 100 000 RM gesenkt worden. Der Sachausschuß hat aber dieser Senkung zugestimmt, nachdem er erfahren hat, daß aus früheren Jahren noch Restbestände da sind, so daß in dem alten Umfange die Zuschüsse geleistet werden können. Infolgedessen empfiehlt der Sachausschuß auch hier unveränderte Annahme.

Zu Punkt 11 wird unveränderte Annahme empfohlen.

Bei Punkt 12 handelt es sich um die Ruhegehaltskasse der Kemter und Landgemeinden und die Ruhegehaltskasse der Kreis kommunalverbände und Stadtgemeinden.

Es ist schon in der Vorlage zum Ausdruck gekommen, daß die Belastung dieser Kassen eine zu starke ist und daß, wenn man die Dinge weitertreiben läßt, unter Umständen der Bestand der Kasse gefährdet ist. Infolgedessen sind drei Vorschläge zur Abänderung der Satzung gemacht worden. Der erste Abänderungsvorschlag, der festlegt, daß eine Nachprüfung der Dienstfähigkeit der Beamten durch die Kasse erfolgen kann, erscheint uns als eine Selbstverständlichkeit. Auch der zweite Antrag, der festlegt, daß eine Verbesserung des Dienst Einkommens in den letzten zwei Jahren vor der Pensionierung auf die Pension nicht angerechnet werden kann, scheint uns geboten zu sein. Diese Bestimmung ist deshalb angebracht, weil wir gehört haben, daß eine Reihe von Gemeinden dazu übergegangen ist, kurz vor der Pensionierung noch das Gehalt des Beamten zu erhöhen. Solche Wohltaten zum Teil auf Kosten der Kasse können wir nicht zulassen. Das würde die Kasse gefährden. Der dritte Punkt geht dahin, daß bei den Wahlbeamten in dem Falle, daß ihre Dienstzeit abläuft

und sie nicht wiedergewählt werden, die Pension von dem Kommunalverbande, bei dem er angestellt ist, getragen werden soll und nicht von unserer Kasse. Es ist nach den Ausführungen, die uns geworden sind, wohl zutreffend, daß gerade die Pensionierung durch Nichtwiederwahl eine zu starke Belastung der Kasse herbeigeführt hat und daß infolgedessen eine Minderung unbedingt eintreten muß. Die Minderung, die hier vorgeschlagen wird, berührt keineswegs das Recht der Gemeinde, nach Ablauf der Dienstzeit von einer Wiederwahl abzusehen, sie ändert auch nichts an den Rechtsverhältnissen des Beamten gegenüber seiner eigenen Gemeinde, sondern es ist lediglich eine Geldangelegenheit, nämlich die Frage, wer dann die Kosten zu tragen hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Kasse eine solche Belastung nicht ertragen kann, sondern daß die Gemeinde, die von diesem Recht Gebrauch macht, dann auch die Kosten zu tragen hat. Diese Bestimmung liegt sicherlich auch im Interesse der Gemeinden, denn es könnte die Handhabung der Frage, ob eine Wiederwahl erfolgen soll oder nicht, recht willkürlich sein, wenn sie von der fremden Kasse getragen würde, d. h. von den Zuschüssen auch der übrigen Gemeinden.

Aus diesen Gründen hat auch der Sachausschuß der Vorlage zugestimmt und empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme.

Er bittet aber, den Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst zu dem § 5, Absatz 2, abzulehnen.

Zu Punkt 13 wird Ihnen unveränderte Annahme empfohlen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Berichterstatter zu Punkt 9 und 10 Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Dem vorjährigen Provinziallandtag lagen zwei Anträge der Fraktionen der SPD. und des Zentrums vor, die am 26. März 1931 dem Provinzialausschuß zur weiteren Prüfung überwiesen worden sind.

Der Antrag der SPD-Fraktion verlangte eine Prüfung der Herabsetzung oder Staffelung des Anteils an den Einnahmen für Beforgung der Geschäfte des Provinzial-Feuerversicherungswesens, die den Bürgermeistern zuzufleßen, sowie deren Abführung an die Gemeindekassen. Der Antrag des Zentrums hat um Prüfung, ob und wie weit die Vergütungen an die Bürgermeister weitergewährt werden könnten und ob und inwieweit diese Vergütungen an die Gemeinden gegeben werden sollten und welche Uebergangsbestimmungen eventuell zu treffen seien.

Die Tätigkeit der Bürgermeister für die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt beschränkt sich auf die Gebäudeversicherung. Eine Vergütung erhalten die Bürgermeister schon seit 1845, in der jetzigen Höhe von 6 Prozent der Gebäudeversicherungsbeträge bereits seit 1858. Die Verfügung steht den Bürgermeistern persönlich zu, wie es in einer Reihe von Entscheidungen anerkannt worden ist. Es hat deshalb für die Anstalt bisher der Zustimmung des Bürgermeisters zur Zahlung an eine andere Stelle bedurft. Die Verwendung des Vermögens und der Einnahme, nicht etwa nur des Ueberschusses, zum Zwecke der Kommunalverwaltung ist nach dem preussischen Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Feuerversicherungsanstalten vom Jahre 1910 unterjagt. Verschiedene Pressemitteilungen haben be-

richtet, daß diese Vergütungen sich um 5000 und 20 000 RM bewegten und in einer Anzahl von Fällen sogar darüber hinausgingen. In Wirklichkeit würde für die ganze Rheinprovinz für das Jahr 1931, wenn nicht inzwischen durch die Notverordnung eine Minderung eingetreten wäre, die Vergütung nur bei 8 von den 496 für die Anstalt tätigen Bürgermeistern mehr als 2000 RM betragen haben. Dagegen stellte sich für mehr als die Hälfte der Bürgermeister dieses Einkommen unter 600 RM. Diese Sachlage hat durch die preussische Durchführungsverordnung vom 12. September 1931 zu den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 5. Juli und 24. August 1931 eine vollständige Umgestaltung erfahren. Was die Höhe der Vergütung betrifft, die bisher 6 Prozent der eingehenden Gebäudeversicherungsbeiträge betrug, so erscheint die Anregung des letzten Provinziallandtages, durch Senkung eine Ersparnis an Verwaltungskosten zu erzielen, richtig.

Den Antrag der Fraktion des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei, Drucksache 27, und den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 33, bittet der Sachausschuß I abzulehnen, dagegen den Antrag des Provinzialausschusses anzunehmen, der folgendermaßen lautet:

„1. Die Bestimmung des § 4, Ziffer 5, der Satzung für die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt für die Rheinprovinz wird mit Wirkung vom 1. Mai 1932 ab abgeändert wie folgt:

„Die Bürgermeister beziehen als Entschädigung für die Besorgung der Geschäfte der Feuerversicherungsanstalt 4 Prozent der in ihrem Bezirk zur Ablieferung gelangten Gebäudeversicherungsbeiträge.

Für die ersten 20 000 RM der eingegangenen Beiträge beträgt die Entschädigung 5 Prozent.

2. Der Provinziallandtag empfiehlt, innerhalb der für die Bürgermeister festzusetzenden Nebenbezüge (gemäß Ziffer E III Absatz 2 der „Richtlinien“ der preussischen Verordnung vom 12. September 1931) den Betrag der von der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt zu beziehenden Vergütung besonders zu bezeichnen.“

Zu Punkt 10 beantragt der Sachausschuß I Annahme des Kapitels 77 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. (Zuruf des Abgeordneten Wihler: Ich bitte ums Wort!) Darf ich bitten, sich vorher schriftlich beim Herrn Schriftführer zum Wort zu melden?

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wihler.

Abgeordneter Wihler: Die Fraktion des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei hat beantragt:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, daß irgendwelche Vergütungen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an Beamte nicht mehr geleistet werden dürfen. Eventuelle Vergütungen erhält die betreffende Gemeinde.“

Dieser Antrag ist uns sehr sympathisch. Wir haben, wie man sich vielleicht erinnern wird, deswegen auch schon im Jahre 1930 einen ähnlichen Antrag gestellt, der allerdings, soweit ich mich erinnere, dem Provinzialausschuß überwiesen wurde. Wir wollten, daß die

Provinzial-Feuerversicherungsanstalt angewiesen werde, ihre Verträge mit beamteten und in öffentlichem Dienste stehenden Personen zu lösen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, daß die Herren Oberbürgermeister und die sonstigen gutbezahlten leitenden Personen im Kommunaldienst recht gut auf diese Nebeneinkünfte verzichten könnten. Wir sind der Meinung, daß gerade die Vertretung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt ebenso gut und ebenso erfolgreich ausgeübt werden könnte von vertrauenswürdigen Personen, die am Ort ansässig sind, von Geschäftsleuten, von Kaufleuten oder sonstigen Personen, die diese Nebeneinkünfte jedenfalls viel dringender brauchen als die im großen und ganzen recht gut und sogar sehr gut bezahlten Herren Oberbürgermeister. (Sehr gut! bei der Wirtschaftspartei.)

Wir sind auch der Meinung, daß durch dieses eigenartige Verhältnis ein gewisser moralischer Druck auf die Versicherungsnehmer ausgeübt wird. Die privaten Versicherungsgesellschaften beschwerten sich schon seit längerer Zeit darüber, daß geradezu ein unzulässiger Wettbewerb durch diese Vertretung durch leitende Kommunalbeamte ausgeübt werde. Wir sind ohne weiteres davon überzeugt, daß die Herren Oberbürgermeister oder die sonstigen Kommunalbeamten niemals einen unzulässigen Druck auf die Versicherungsnehmer ausüben werden, die das Bedürfnis haben, bei der Provinzialanstalt zu versichern. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß die Leute, die meinetwegen von der städtischen Sparkasse ein Darlehen haben wollen, sich doch gewissermaßen entgegenkommend verpflichtet fühlen, dann auch bei demjenigen Herrn Versicherung zu nehmen, aus dessen Hand sie das Darlehen empfangen. Das liegt sehr nahe. Aber diese Tatsache wird gerade von den privaten Versicherungsgesellschaften als unzulässiger Wettbewerb empfunden.

Deshalb hätten wir es recht gerne gesehen, wenn der Christliche Volksdienst seinen Antrag noch erweitert hätte. Wir sind aber für diesen Antrag und werden dafür stimmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hennes.

Abgeordneter Hennes: Meine Damen und Herren! Die Fraktion des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei bedauert sehr, daß der Sachausschuß diesen Antrag abgelehnt hat. Ich wende mich an das Haus mit der Bitte, dieser Ablehnung nicht zuzustimmen.

Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, daß es sich hier um verhältnismäßig stark gesicherte Beamte handelt, die einen Nebenverdienst haben sollen. Die Arbeiten für die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt werden in der Hauptsache vom Gemeindeamt selbst ausgeführt. Es ist recht, daß die Gemeinden von der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt für die Arbeit entschädigt werden. Es ist aber nicht recht, daß diese Entschädigung an einzelne Beamte gegeben wird. Die Not der Arbeiter und der kleinen Beamten, vor allem auch die Not der Arbeitslosen ist so groß, daß schon aus psychologischen Gründen auf einen Doppelverdienst verzichtet werden muß. Ich wende mich an das Gerechtigkeitsgefühl der Beamten und schätze es so hoch ein, daß ich glaube, die Beamten verzichten angesichts der

großen Notlage, in der wir leben, selbst gerne auf diesen Nebenverdienst. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichgans: Praktisch fließt er schon in die Kasse der Gemeinde!) Wir erwarten, daß die Gemeinden ihre Dienstverträge entsprechend ändern, und von der Provinzial-Feuerversicherung erwarten wir, daß sie in Zukunft nicht mehr die Zahlung an einzelne Beamte leistet, sondern an die Gemeinde selbst.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Bockamp.

Abgeordneter Dr. Bockamp: Meine Damen und Herren! Es ist erstaunlich, mit wie geringer Sachkenntnis manchmal über Dinge gesprochen wird, die einer ernsteren Behandlung wert wären. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Beide Herren Vorredner haben es so dargestellt, als ob diese Abgaben der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auch jetzt noch persönliche Nebeneinkünfte der betreffenden Gemeindevorstände wären. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das waren sie bisher!) Die beiden Herren wissen anscheinend nicht, sollten es aber wissen, daß das nicht mehr der Fall ist. Wenn sie die Gesetzgebung künnten, würden sie wissen — wie das lang und breit im Sachausschuß erörtert worden ist —, daß durch die preussische Notverordnung vom September 1931 diese Einkünfte längst praktisch den Gemeinden zur Verfügung gestellt worden sind. (Zuruf des Abgeordneten Henne: Das stimmt nicht!) Es gehört zum Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, zu befinden, was damit geschehen soll. Im Grunde handelt es sich um nichts weiteres mehr, als daß die Gemeinden an der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt interessiert werden. Man kann ja über die Existenzberechtigung einer Provinzial-Feuerversicherungsanstalt verschiedener Meinung sein. Wenn sie aber besteht, dann liegt auch Grund dafür vor, die Gemeinden daran zu interessieren, und nichts weiter ist hier der Fall.

Es kann gar keine Rede davon sein, daß etwa durch diese Anträge, die hier gestellt und eben begründet worden sind, persönliche Nebeneinkünfte der Gemeindevorsteher abgebaut werden sollen, sondern die Gesetzgebung hat das längst geändert. Es ist lediglich Sache der Gemeinden, über Verwendung und Umrückung zu bestimmen. (Widerspruch beim Christlichen Volksdienst.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wie auch der Herr Vorredner dargelegt hat, daß die Herren sich über die Bedeutung der vorliegenden Anträge für die Praxis gar nicht klar sind. Wir sind hier nicht die zuständige Stelle, um die Gehälter der Bürgermeister zu regeln. Das ist lediglich Sache der zuständigen Beschlussorgane der Gemeinden und der staatlichen Aufsichtsbehörde. Sie haben darüber zu bestimmen, ob diese Beträge den Bürgermeistern verbleiben oder ob sie sie bei der Gemeindekasse vereinnahmen. Ich glaube, daß gerade auf dem Lande die Praxis sehr viel dahin gehen wird, daß ein Teil des Bürgermeistergehaltes auf diese Weise von der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und nicht von der Gemeinde getragen wird. Streichen Sie diese Beträge, so bekommt die Gemeinde nichts, denn eine Abführung zu Wohlfahrtszwecken an die Gemeinden ist praktisch

vollständig ausgeschlossen. Nach der Satzung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt kann sie für Wohlfahrtszwecke der Gemeinden keinerlei Ausgaben machen, sondern sie kann nur ihren örtlichen Vertretern einen bestimmten Prozentsatz zuweisen. Sind das nun die Bürgermeister, so hat die Gemeinde zu bestimmen, was von diesem Betrage dem Bürgermeister verbleibt und was die Gemeinde einzieht. Und auch da ist sie wesentlich beschränkt durch die neuen Bestimmungen der Sparverordnung, wonach selbst, wenn sie mehr wollte, nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag dem Betreffenden verbleiben kann. (Zuruf des Abgeordneten Henne: Bis zu 6000 RM!) Abgesehen davon, liegt es ja wesentlich im Interesse der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt, das Interesse der leitenden Kommunalbeamten an der Feuerversicherungsanstalt zu wecken und zu erhalten, und die Feuerversicherungsanstalt hat ja auch die wichtige Aufgabe, durch ihre Uberschüsse für allgemeine Zwecke in der Provinz zu sorgen. Ich erinnere an die weitgehenden Beihilfen, die sie für Wasserleitungseinrichtungen und Feuerlöschzwecke gibt, so daß wir auch hier alles Interesse haben, für ein Blühen und Gedeihen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt zu sorgen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Wir haben uns bei diesen Anträgen zunächst und hauptsächlich von den Interessen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt leiten lassen. Das war der Grundton. Ich kann natürlich verstehen, daß diejenigen, die an sich Gegner dieser öffentlichen Einrichtungen sind, sich prinzipiell dazu anders einstellen. Sonst haben wir der Tendenz des Antrages der Herren durchaus zugestimmt und stimmen ihr auch heute zu. Nachdem aber die Besoldungsordnung die Sache geändert hat und in jeder Gemeinde die Dinge geregelt worden sind, sehen wir gar keine Veranlassung, jetzt daran etwas zu ändern. In der überwiegenden Anzahl der Gemeinden ist jetzt die Sache so geregelt, daß dieses Geld in die Gemeindekasse fließt, und es gehört auch zur Zuständigkeit der Gemeindevertretung, das für jede Gemeinde zu regeln. Unsere Freunde werden auch in jeder Gemeinde in diesem Sinne votieren. Aber wir lehnen einen Beschluß dahin ab, daß es für alle Gemeindevertretungen geregelt wird. Das ist gar nicht notwendig. Vor allen Dingen aber lassen sich meine Freunde — das betone ich noch einmal — primär leiten von den Interessen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Maus: Die Herren Abgeordneten Wisler und Henne haben das Wort „Oberbürgermeister“ ganz besonders unterstrichen, wodurch falsche Auffassungen entstehen könnten. Der Herr Abgeordnete Bockamp hat durchaus recht, daß fast alle Bürgermeister persönlich diese Zuwendungen überhaupt nicht mehr bekommen, sondern sie an die Gemeindekasse abführen.

Nun möchte ich folgendes feststellen: Wie ist denn nun eigentlich die Höhe der Beträge, die den einzelnen Bürgermeistern zufallen? 250 Bürgermeister haben ein Einkommen bis zu 600 RM aus dieser Zuwendung, 200 bis zu 1200 RM, 38 bis zu 2000 RM, 8 mehr als 2000

RM, darunter 2 mit 4000 RM. Von den zwei Personen mit 4000 RM ist erwiesen, daß sie diese Beträge an die Gemeinde abführen. Dies bloß zur Klarstellung.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wird getrennte Abstimmung beantragt? (Zuruf aus der Wirtschaftspartei: Ja, getrennte Abstimmung!)

Dann lasse ich zunächst über die Drucksache 27 abstimmen und bitte diejenigen, die für die Drucksache 27 (Antrag der Fraktion Christlicher Volksdienst und Bauernpartei) sind, sich zu erheben. — Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über die Drucksache 33 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag der SPD. sind, sich zu erheben. — Das ist nicht die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses zu Nr. 13 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Dann lasse ich abstimmen über die Punkte 6, 7, 8, 10, 11, 12 und 13, wo offenbar getrennte Abstimmung nicht gewünscht wird. Ich bitte diejenigen, die für die Anträge des I. Sachausschusses zu den Nummern von 6 bis 8 und 10 bis 13 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 14.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. H a r t m a n n : Meine Damen und Herren! Bei diesem Kapitel sind die Zuschüsse zur Forderung des fachlichen Unterrichtswesens gekürzt worden, und zwar durchweg auf die Hälfte der früheren Beträge. Nur in einer Position ist eine solche Kürzung nicht eingetreten, und zwar bei dem Zuschuß zur staatlichen Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Gladbach-Mehydt. Da ist ein ziemlich hoher Betrag noch stehen geblieben. Die Landesverwaltung erklärt dieses Vorgehen damit, daß da ein besonderer Vertrag vorliegt, der nicht gekündigt werden kann.

Nach Anerkennung dieser Erklärung empfiehlt Ihnen der Sachausschuß unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle unveränderte Annahme fest.

Mit Nr. 15 bitte ich die Nr. 20 der Nachtrags-tagesordnung zu verbinden.

Ich darf vielleicht wegen der Behandlung der Gegenstände der Nachtragstagesordnung folgende Vorschläge des Ältestenrates Ihnen vortragen.

Es wird also zunächst, wie eben erwähnt, vorgeschlagen, die Nr. 20 der Nachtragstagesordnung mit Nr. 15 der ersten Tagesordnung zu verbinden. Die Redezeit soll 10 Minuten betragen. — Ich bitte, nun die Nachtragstagesordnung zur Hand zu nehmen.

Punkt 18 wird wohl ohne Debatte vor sich gehen. Punkt 19 — da ist auch die Drucksache 19 — 10 Minuten Redezeit. Dann Punkt 21 für sich mit 5 Minuten, Punkt 22 für sich mit 5 Minuten, dann die Punkte 23, 24 und 25 verbunden mit 10 Minuten, Punkt 26 mit 10 Minuten und Punkt 27 mit 5 Minuten.

Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß das Haus mit diesen Vorschlägen des Ältestenrates einverstanden ist. — Das ist der Fall.

Wir kommen dann zu Punkt 15, verbunden mit Punkt 20.

Berichterstatter zu Punkt 15 ist Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter M a u s : Zu Kapitel 35, Titel 1 bis 3 und 6, sowie Kapitel 39 des Haushaltsplans für 1932, betreffend Wohnungswesen und Landesplanung, hierzu Unterhaushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung, beantragt der Sachausschuß I unveränderte Annahme.

Ich habe aber noch einen Wunsch des Sachausschusses I zum Ausdruck zu bringen. Der Sachausschuß I erachtet die Zusammenfassung der Aufgaben der Landesplanung als Selbstverwaltung unter Federführung des Herrn Landeshauptmanns für notwendig.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Zu Punkt 20 hat als Berichterstatter das Wort Herr Abgeordneter Henry.

Abgeordneter H e n r y : Zu Punkt 20 empfiehlt der Sachausschuß Ablehnung des Antrages in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Provinzialausschusses.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Zu Punkt 16 als Berichterstatter Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter M a u s : Meine Damen und Herren! Die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft konnte im Jahre 1931 infolge der Wirtschaftskrise und der Zahlungsstockung bei der Landesbank nicht über ihr Guthaben bei der Landesbank verfügen. Um die hieraus für das Baugewerbe und die Bauherren sich ergebenden Schwierigkeiten zu beheben, benötigte die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft die Gewährung eines Kredits beim preussischen Staat. Der preussische Staat stellte zunächst ein Darlehen in Höhe von 500 000 RM und späterhin noch ein solches von 300 000 RM zur Verfügung.

Die Sachkommission I schließt sich dem Antrage des Provinzialausschusses an:

„Der Provinziallandtag genehmigt die vom Provinzialausschuß beschlossene Aufnahme von zwei Staatsdarlehen im Betrage von 500 000 und 300 000 RM und erklärt sich mit deren Weitergabe an die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. einverstanden.“

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a ß e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Dölle.

Abgeordneter D ö l l e : Bei Kleinigkeiten, wo es sich um 2000 RM handelt, halten es die bürgerlichen Parteien für notwendig, restlos auf den Plan zu treten. Aber, wenn Anträge der kommunistischen Fraktion, durch die Millionen eingespart werden könnten, zur Behandlung stehen, wie bei dem Antrage über die Kürzung der Beamtengehälter, da halten es diese Parteien nicht für notwendig, hier zu erkennen, daß Millionen eingespart werden können. Ebenso sieht es aus bei allen Positionen des Etats, wie sie hier vorgenommen werden.

Wenn man bei Titel 35, Position 4, wo es sich um die Verbilligung für kinderreiche Familien bei der Wohnungsfürsorge handelt, im Etat Abstriche von 300 000 auf 150 000 RM vorgenommen hat, so liegt das in derselben Linie wie die Abstriche bei allen anderen Positionen, die der Lage der Bevölkerung entsprechen. Man hält es nicht für notwendig, das ungeheure Wohnungselend, wie wir es in Deutschland zu verzeichnen haben,

auch nur in etwa zu liquidieren. Die Hauszinssteuer, die dazu geschaffen worden ist, den Wohnungsbau vorzunehmen, verwendet man zur Beamtenbesoldung und zur Besoldung der Polizei. Andererseits geht man dazu über, die Ermittlungen bei der Arbeiterschaft durchzuführen, sie in Baracken hineinzupferchen und das Barackensend von Tag zu Tag zu vergrößern. Wir Kommunisten wissen ganz genau, daß wir erst, wenn wir dazu übergegangen sind, den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung herbeizuführen, in der Lage sein werden, dieses ungeheure Wohnungselend zu liquidieren. Um dieses durchzuführen, rufen wir die gesamte werktätige Bevölkerung auf, den Kampf zu führen gegen diese Maßnahmen der Provinzialverwaltung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es, daß es möglich war, von der preussischen Staatsregierung wenigstens die 800 000 RM zu erhalten, die heute als Darlehensaufnahme genehmigt werden sollen, um so wenigstens der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft in etwa die Tätigkeit zu ermöglichen. Wir wissen natürlich, daß auch das ein Betrag ist, der außerordentlich gering ist.

Ich habe für meine Freunde bei der Gelegenheit mit zum Ausdruck zu bringen, daß wir den Wunsch an die Rheinische Provinzialverwaltung haben, daß sie den Bestrebungen, auch für die Neubauwohnungen Mietverbilligung Platz greifen zu lassen durch unter Umständen andere Placierung und andere Tilgungsmaßstäbe, ein aufmerksames Auge zuwenden soll. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!) Durch die Presse ist bekannt geworden, daß von einem Frankfurter Institut eine erste Arbeit von Dr. Ernst Rahn herausgekommen ist, die Vorschläge zur Verbilligung der Neubauwohnungen macht. Wir glauben bei den Schwierigkeiten, die gerade bei den Neubaumietern jetzt nach den gesunkenen Löhnen und Gehältern auch für die Genossenschaften bestehen, daß solche Bestrebungen auch im Interesse der Wohnungsfürsorge liegen.

Die Abgeordneten der KPD, die den Antrag gestellt haben, bei dem Institut für Berufsforschung 31 000 RM zu streichen und sie woanders zu verwenden, darf man doch darauf hinweisen, daß sie vollständig vergessen haben, daß allein 22 000 RM in der Einnahme stehen. Die Gesamtausgabe beträgt 31 000 RM. Die kann man gar nicht streichen; sie sind nämlich in Wirklichkeit nicht da, denn es sind 22 000 RM Einnahme da, davon allein 16 000 RM von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, auf die wir verzichten müßten, wenn wir die 31 000 RM streichen wollten. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Also in Wirklichkeit sind dort eigentlich nur 9000 RM zur Verfügung, die aus Provinzialmitteln gegeben werden. Folglich kann man daraus nicht 31 000 RM nehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Lehr.

Abgeordneter Dr. Lehr: Meine Damen und Herren! Im vorigen Juli hat der Herr Landeshauptmann hier zu einer Sitzung des Landesplanungsverbandes eingeladen und zum Gegenstand eingehender Erörterung die Frage der Fernverkehrsstraßen gemacht und insbesondere die Frage der Verkehrsbedingungen

im nördlichen Teil unserer Provinz vom Standpunkte der Landesplanung erörtert. An der Versammlung nahmen damals teil Vertreter des Oberpräsidiums, der Regierung und der Selbstverwaltung, u. a. auch Vertreter des Reichsverkehrsministeriums. Nach dem eingehenden Vortrag des Herrn Landeshauptmanns und seiner Sachbearbeiter wurde uns zugesagt, das Ergebnis seiner Nachprüfung und der Untersuchungen in einer besonderen Denkschrift zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung ist bis zur Stunde nicht erschienen. Da sie aber in ihrem gesamten Umfange sehr wertvoll ist und da die Kosten nicht bedeutend sind, so möchte ich den Herrn Landeshauptmann von dieser Stelle aus an sein Versprechen erinnern und doch bitten, die Untersuchungen auch im Druck erscheinen zu lassen.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf meine damaligen Anregungen hinweisen, daß man auch bei der Landesplanung noch einmal die Lage der verschiedenen Flughäfen in unserer Provinz und die Möglichkeiten besserer Verbindung der Städte zu diesen Flughäfen besonders untersuchen soll.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Frau Abgeordnete Esser.

Abgeordnete Frau Esser: Die kommunistische Fraktion hat den Antrag gestellt, den Betrag von 31 000 RM, der unter Kapitel 39, Titel 1, vorgesehen ist, für Säuglingspflege zu verwenden. Wir hatten diesbezüglich schon vor einigen Tagen einen Antrag gestellt und ersucht, für diesen Zweck 50 000 RM zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag ist ohne weiteres in den Papierkorb geflogen, nur deshalb, weil wir keinen Deckungsvorschlag gebracht hatten. Jetzt bringen wir einen Deckungsvorschlag, und wir werden daran feststellen, ob die Parteien, die immer in der Doffentlichkeit ein mildes Herz für die Bevölkerung zeigen, auch hier die Stirn haben, zu bekennen, ob sie gewillt sind, diese 31 000 RM, die als Deckungsvorschlag gebracht worden sind, zu bewilligen.

Wie wichtig unser Antrag ist, das möchte ich nur an folgendem bekunden: Nicht nur durch die Kommunisten, sondern durch den Mund bürgerlicher Ärzte ist die Not und das Elend der Säuglinge in Deutschland klar und drastisch gekennzeichnet worden, z. B. in dem statistischen Bericht der Stadt Berlin. Dort wird für das Jahr 1929 gemeldet, daß auf 100 lebend Geborene des Proletariats im Bezirk Mitte sage und schreibe 10,9 Prozent an Todesfällen zu verzeichnen sind. Dagegen berichtet das Statistische Amt von Wilmersdorf, in dem Bezirk, wo die Reichen wohnen, dort, wo die wohnen, die von den Groschen aus dem Blut der Armen Geschäfte machen, nur von 5,2 Prozent Todesfällen. Das beweist klar und deutlich, daß die Kinder des Proletariats viel mehr der Not und dem Elend ausgesetzt sind. Ja, man kann sagen, daß schon allein die Tatsache, daß das proletarische Kind zur Klasse des Proletariats gehört, eine Strafe ist.

Noch ein anderer Fall, der zeigt, wie die bürgerliche Gesellschaft urteilt. In einem Bericht des Professors Langenstein vom 17. November 1931 heißt es:

„Es dauert eine geraume Zeit, bevor eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes sich in Sterbezahlen kundtut, denn erst ganz allmählich kommt es zu einer Senkung der Widerstandskraft der Kinder infolge

Mängel in der Ernährung und Pflege, und erst am Schluß kommt der Tod.

Unter den Besuchern der Poliklinik unserer Anstalt fällt uns in letzter Zeit eine Zunahme der Rachitis auf. Ich möchte nicht verfehlen, die Ärzte auf dieses alarmierende Vorkommnis aufmerksam zu machen. Wir wissen ja, daß die Rachitis dem gleich gefährlichen Würgengel der Säuglinge, der Lungenentzündung, Vorschub leistet. Da dieser Winter mit voraussichtlichem Nahrungs- und Pflegemangel die Widerstandskraft der Kinder sichtlich schwächt, könnte es sein, daß wir einen erschreckend hohen Wintergipfel der Lungenentzündungssterblichkeit zu erwarten haben."

Das ist der Bericht der Ärzte, derjenigen, die tagtäglich mit den Proletariatskindern umgehen, die es nicht mehr mit ansehen können, wie man mit der proletarischen Klasse umspringt. Hier sitzen alle Parteien zusammen, die draußen den Massen das Heiligste vom Himmel herunter versprechen und hier in diesem Parlament nichts für diejenigen tun, von denen sie ihre Stimme einheimfen. Hier drischt man Phrasen und denkt nicht im geringsten daran, diese in die Wirklichkeit umzusetzen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Genau so ist es auch in den anderen Parlamenten.

Namentlich die Sozialdemokratische Partei kann sich nicht genug tun auf diesem Gebiete. Wer ist es, der alle diese Sparmaßnahmen durchführt. Gerade die Severing-Braun-Regierung ist es, die durch ihre Diktate die Proletarier in diese Notlage versetzt.

Das Groenersche Programm sieht z. B. vor, daß Zwergfürsorgestellen geschlossen werden können. Es sieht ferner vor, daß sog. Stärkungsmittel gestrichen werden können. Was heißt das, wenn man den Ärmsten der Armen, die sowieso schon am Hungertuche nagen, noch diese kleinen Beihilfen streicht?

Heute lesen wir im Dortmunder Generalanzeiger, daß auch die Wohlfahrtsrichtsätze vom 1. Mai ab wieder gekürzt werden sollen. Was heißt das, wenn wir feststellen, daß diese Wohlfahrtsrichtsätze der Ärmsten der Armen noch um einige Mark im Monat weiter gekürzt werden? Das bedeutet neues Elend, neue Massennot. Das können wir nur zurückführen auf die Braun-Severing-Regierung und die Brüning-Groener-Regierung.

Die kommunistische Fraktion hat in dieser Richtung genügend Anträge gestellt; sie wurden aber jedesmal damit abgetan, daß man sagte: Das sind ja nur Agitationsanträge. Ja, man kann leicht behaupten, diese Anträge sind Agitationsanträge. Beweise dafür kann man nicht liefern.

Wir stellen demgegenüber fest, daß man hier in diesem Parlament große Phrasen drischt und beileibe nicht daran denkt, auch die Versprechungen, die man den Wählern gegeben hat, in die Tat umzusetzen. Wenn Sie das wollen, so beweisen Sie es durch die Zustimmung zu unserem Antrage.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat der Vertreter des Landeshauptmanns, Herr Landesrat Gerlach.

Landesrat Gerlach: Ich darf zur Fortsetzung der sachlichen Beratung nur folgendes sagen:

Der hier gestellte Antrag schafft keine Mittel, denn er schlägt vor, daß die Gesamtausgabe von 31 000 RM

gestrichen wird, vergißt aber, daß in diesem Haushaltsplan von anderen Stellen 27 000 RM Gesamteinnahme vorhanden sind, so daß überhaupt nur ein Provinzialzuschuß von 4000 RM in Frage kommt und nicht ein solcher von 31 000 RM. (Hört, hört! im Zentrum.)

Ich darf doch das Hohe Haus bitten, den Etat zur Hand zu nehmen und daraus festzustellen, daß auf der einen Seite für das Provinzialinstitut gegeben werden von der Stadt Düsseldorf 6000 RM (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Das interessiert uns doch alles gar nicht!) zum Zwecke der Arbeits- und Berufsberatung, insbesondere für die Berufsberatung der aus der Schule zur Entlassung kommenden Düsseldorfer Volksschulkinder. Darüber hinaus gibt die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, natürlich für den speziellen Zweck der Arbeits- und Berufsforschung, 16 000 RM. Aus dem Verkauf von Prüfapparaten, die im Institut hergestellt werden, sind 4000 RM vorgesehen. Die Gesamteinnahme beträgt also 27 000 RM. Bestenfalls würde also der Antrag eine Einsparung von 4000 RM ermöglichen. Damit fielen der Zweck der Arbeits- und Berufsforschung weg. Aber auch diese Ersparnis ist hypothetisch, denn es müßten uns die Antragsteller dann noch sagen, was wir mit den festangestellten Beamten, die zur Zeit beim Arbeits- und Berufsforschungsinstitut tätig sind, machen sollen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Uebernehmen Sie sie auf irgendeinen anderen Verwaltungsweig.) Damit wird ja keine Ersparnis erzielt, sondern die Gehälter müssen dann ja doch ausgegeben werden. Also es sind keine 31 000 RM zu sparen. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Bloß zwei Landesräte abbauen!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Blumberg.

Abgeordnete Frau Blumberg: Ganz abgesehen von diesen sachlichen Richtigstellungen des Herrn Landesrats Gerlach, die es uns unmöglich machen, diese 31 000 RM für die Zwecke bereitzustellen, die die Kommunistische Partei uns vorgeschlagen hat, glaube ich auch, daß im Kampf gegen die Rachitis, deren Wiederauftreten in der Rheinprovinz nicht gelugnet werden kann, diese 31 000 RM eine ganz geringe Hilfe sein würden. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Also bewilligen Sie doch mehr, wir haben doch viel mehr gefordert!) Ich glaube außerdem auch, daß das, was Sie mehr gefordert haben, von diesem Hohen Hause gar nicht bewilligt werden kann, weil es zu seinen Aufgaben nicht gehört. (Abgeordneter Dunder: Hört, hört!)

Abgesehen davon möchte ich bitten, daß man alles, was man zur sachlichen Bekämpfung der Not unter den Säuglingen und Kleinkindern praktisch vorbringen kann, an die von der Provinz dafür eingerichtete Stelle bringt, nämlich das Landesjugendamt. Sie werden dann finden, daß mit ernstlichem Bemühen alle dort vorhandenen Kräfte sich dafür einsetzen werden, das praktisch Mögliche zu tun, wie ich persönlich nun schon seit ungezählten Jahren, soweit das bei meinem Lebenslauf möglich ist, mich für diese Sache einsetze und in der Sorge, die die Kommunistische Partei um diese Kinder hat, ihr gegenüber nicht zurückstehe. (Bravo! bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Punkte 15 und 16. Wer für die Anträge des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Ich lasse abstimmen über den Antrag des I. Sachausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages in Drucksache 54. Wer für diesen Antrag des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Auch das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 17. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wesenfeld: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!)

Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Ich stelle den Antrag, diesen Punkt abzusehen und den Provinzialausschuß zu ersuchen, daß er uns baldmöglichst eine andere Form der Revision der Rechnungen vorschlagen oder aber auf die Revision verzichten möge. (Sehr richtig!)

Wir ist vor drei Tagen ein Verzeichnis von nicht weniger als 38 Rechnungen zur Revision übergeben worden. Ich habe das Vergnügen, sie teilweise mit meinem Freunde, Herrn Heuser vom Zentrum, revidieren zu sollen. Er ist meiner Meinung beigetreten, daß es völlig unmöglich ist, diese Aufgabe auszuführen. Unter den Rechnungen befanden sich z. B. die Rechnung der Hauptverwaltung, die Rechnung über den Erweiterungsbau des Landeshauses, den Neubau des Landesbauamtes Cleve, die Rechnung über den Bau eines Doppelwohnhauses für zwei Ärzte, u. a., ferner noch vier große Neubau-Rechnungen. Insgesamt waren, wie gesagt, 38 Rechnungen zu revidieren. Das ist unmöglich, wenn man uns nicht die Zeit gibt, etwa acht Tage hier zu sitzen, um wirklich in die Dinge einzudringen. Wir sollten es als der Würde der Mitglieder dieses Hauses nicht entsprechend ablehnen, daß wir uns so wichtige Rechnungen einfach vorlegen lassen, eine oder zwei Stichproben machen und dann unser Signum daruntersetzen. (Abgeordneter Dr. Schüler: Sehr richtig!) Das ist ein Schein, der trügt. Wir sollten den Provinzialausschuß ersuchen, daß er uns eine andere Form der Revision vorschlägt, die es wirklich ermöglicht, in die Dinge einzudringen. Ich bitte, dem zuzustimmen und heute den Punkt abzusehen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Der von dem Herrn Abgeordneten Wesenfeld gestellte Antrag ist in Übereinstimmung mit dem Ältestenrat gestellt worden.

Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag des Herrn Abgeordneten Wesenfeld abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Dann ist der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Wir kommen zu

Punkt 18: Vornahme der Neuwahl des Wasserbeirates für die Rheinprovinz.

Ich konstituiere mich mit meinen Herren Beisitzern zum Wahlvorstand und habe dem Hohen Hause mitzuteilen, daß ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei eingegangen ist, auf dem folgende Namen stehen:

1. Mitglied: Dr. Adenauer, Oberbürgermeister, Köln. Stellvertreter: Gielen, Oberbürgermeister a. D., Köln.

2. Mitglied: Caspers, Landesökonomierat, Bubenheim b. Koblenz. Stellvertreter: Kirsten, Bürgermeister i. R., Beurig b. Saarburg.

3. Mitglied: Gruhl, Bergrat, Brühl b. Köln. Stellvertreter: Heuser, Rittergutsbesitzer, Haus Dürenthal, Post Euskirchen-Land.

4. Mitglied: Dr. Jarres, Oberbürgermeister, Duisburg. Stellvertreter: Lenze, Generaldirektor, Mülheim-Styrum.

5. Mitglied: Trimborn, Landrat, Opladen. Stellvertreter: Ernst, Angestellter, Neuwied.

6. Mitglied: Dunder, Angestellter, Düsseldorf-Gerresheim. Stellvertreter: Frisch, Eisenbahnvorsteher, Köln-Langerich.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, kann nach § 14 der Wahlordnung, wenn sich kein Widerspruch erhebt, die Wahl durch Akklamation erfolgen. Da ich keinen Widerspruch höre, so bitte ich, wer für den eingereichten Wahlvorschlag ist, sich zu erheben. — Die Wahl ist durch Akklamation getätigt. Ich frage nunmehr, ob die hier anwesenden gewählten Herren die Wahl annehmen.

Herr Dr. Adenauer ist nicht im Hause, Herr Dr. Jarres desgleichen nicht. Herr Abgeordneter Dunder, nehmen Sie die Wahl an? (Abgeordneter Dunder: Ja!) Herr Rittergutsbesitzer Heuser? (Abgeordneter Heuser: Ja!) Herr Abgeordneter Lenze ist nicht im Hause. Herr Abgeordneter Ernst? (Abgeordneter Ernst: Ja!) Herr Abgeordneter Frisch ist nicht im Hause.

Wir kommen dann zu Punkt 19.

Das Wort hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Henry.

Abgeordneter Henry: Meine Damen und Herren! Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages, mit Ausnahme des letzten Satzes von Absatz 1, der lautet:

„Die Wohlfahrtsrichtsätze haben durch die dauernde Kürzung und den Abbau der Naturalunterstützung einen Stand erreicht, der schwere gesundheitliche Schädigungen und eine Verelendung der Hilfsbedürftigen im Gefolge haben wird, wenn die Gemeinden zu weiteren Kürzungen gezwungen werden.“

Die große Mehrheit des Ausschusses war der Ansicht, daß die in dem Antrage behauptete Tatsache dauerlicher Weise zutrefte. Der Ausschluß hatte aber Bedenken, diesen Satz in dem Antrage stehen zu lassen, weil er wohl nicht in die Gesamtrichtung des Antrages hineinpafte, und weil es auch fraglich ist, ob der Provinziallandtag für eine derartige Konstatierung zuständig ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Meine Freunde bedauern auf das lebhafteste, daß es nicht möglich war, im Sachausschuß I auch diesen Satz, der gestrichen werden soll, einstimmig anzunehmen.

Wir hielten es für notwendig, daß auch der Provinziallandtag der größten Provinz Preußens, die unter der Erwerbslosigkeit und der Notlage der Gemeinden besonders schwer leidet (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!), was in der Haushaltsplanberatung von allen

Rednern ausdrücklich zum Ausdruck kam und allgemein anerkannt wurde, sich nicht vertagt, ohne zu der Finanzlage der Gemeinden nach außen eindeutig Stellung zu nehmen. An sich war es erfreulich, daß im Sachausschuß wenigstens Übereinstimmung dahin bestand, daß wir die schwierige Finanzlage der Gemeinden auch in einer Entschliebung genau formulieren und so auch bei den verantwortlichen Stellen in Berlin das noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Aber wir wissen, daß die Gemeinden bei ihrer Finanz- und Kassenlage größtenteils gezwungen waren — das bringt die Entschliebung auch zum Ausdruck —, zu versuchen, bei den Wohlfahrtsrichtsäben den Ausgleich zu schaffen. Meine Freunde sind der Meinung, daß wir dort an der Grenze des Erträglichen angelangt sind (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!), daß es unmöglich ist, nach der Seite noch weiter nachzugeben.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Struktur der Wohlfahrtsunterstützten sich ganz wesentlich gegenüber der Vorkriegszeit geändert hat. Heute tritt die Belastung der Gemeinden hauptsächlich dadurch ein, daß die übergroße Anzahl Wohlfahrtsarbeitslose sind, deren Kinder im heranwachsenden, im schulpflichtigen Alter sind und deshalb besonderer körperlicher und geistiger Pflege bedürfen. Wir haben uns auf den verschiedenen Gebieten damit befaßt, was für die geistige Pflege bei den Arbeitslosen geschehen kann. Wir werden uns weiter in einer Entschliebung zum Arbeitsdienst damit befassen. Wir sind aber der Meinung, daß auch die Körperpflege von größter Bedeutung ist. Die Schulärzte müssen jetzt schon feststellen, daß das typisch unterernährte Kind, das in der Nachinflationszeit verschunden war, wieder in steigendem Maße bei den Schuluntersuchungen festgestellt wird. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Ich glaube, für jeden, der draußen Kontakt mit der Not der breiten Massen hat, ist es ganz selbstverständlich, daß ein Ausweichen der Gemeinden nach der Seite nicht mehr möglich ist. Es ist meines Erachtens in unserer Entschliebung auch kein Vorwurf gegen die Gemeinden enthalten, sondern es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Wohlfahrtsrichtsäbe durch die dauernde Kürzung und vor allen Dingen auch durch den Abbau der Naturalunterstützung einen Stand erreicht haben, der schwere gesundheitliche Schädigungen und eine Verelendung der Hilfsbedürftigen im Gefolge haben wird, wenn die Gemeinden zu weiteren Kürzungen gezwungen werden. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Gezwungen werden sie nicht!) Gezwungen werden sie dann zu weiteren Kürzungen, wenn nicht endlich das Reich für eine andere Lastenverteilung sorgt und durch planmäßige Arbeitsbeschaffung die Zahl der Arbeitslosen vermindern hilft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser planmäßigen Arbeitsbeschaffung — das möchte ich auch im Namen meiner Freunde zum Ausdruck bringen —, die ja von der Reichsregierung, wie es scheint, jetzt vorbereitet wird, ist es notwendig, daß auch die Gemeinden mit herangezogen werden. Natürlich nicht finanziell, das ist unseres Erachtens vollständig unmöglich. Die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, auch nur mit einer Mark dort helfen zu können. Aber sie müssen entlastet werden, indem man Wohlfahrtsarbeitslose hier in erster Linie mit heranzieht. Wir wissen, daß die geringe Vermittlung, die heute auf den Arbeitsnachweisen noch vorgenommen

wird — sicher nicht durch bösen Willen, aber zum Teil durch mangelndes Verständnis der Arbeitgeber —, zum größten Teil mit Arbeitslosen vorgenommen wird, die erst kurze Zeit aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind. Die Arbeitgeber nehmen lieber Arbeitslose, die erst kurze Zeit aus dem Arbeitsprozeß heraus sind, weil sie glauben, daß diese sich schneller wieder eingliedern und schneller wieder vollwertige Arbeitskräfte werden. Wir müssen verlangen, daß auch die Arbeitgeber soviel soziales Verständnis zeigen, daß sie im Einvernehmen mit dem Arbeitsnachweis für die geringe Arbeitsvermittlung in erster Linie Wohlfahrtsarbeitslose heranziehen, um auch so die Gemeinden zu entlasten.

Wir hoffen, daß sich trotz der Ablehnung im Sachausschuß I — die übrigens nur mit 4 gegen 3 Stimmen bei einer ganz schwachen Befegung erfolgt ist — eine große Mehrheit hier im Hause finden wird, die auch diesem Satz, den wir für absolut notwendig halten, mit verabschiedet. Wir sind der Meinung, daß das Hohe Haus durchaus in der Lage ist, auch zum Ausdruck zu bringen, daß es glaubt, daß weitere Kürzungen der Wohlfahrtsrichtsäbe bei den Gemeinden nicht mehr erzwungen werden dürfen durch die nicht rechtzeitige Hilfe des Reiches. (Zuruf des Abgeordneten Streb: Das ist ja bereits geschehen!)

Wir legen besonderen Wert darauf, weil wir wissen, daß auch in Berlin, vor allen Dingen bei der preussischen Staatsregierung, unsere Auffassung geteilt wird, daß man mit den Wohlfahrtsrichtsäben einen Tiefstand erreicht hat, der es nicht mehr ermöglicht, diese Menschen vor weiterer Verelendung zu bewahren und vor allem die heranwachsende Jugend, die Trägerin der kommenden Generation sein soll, zu schützen und sie zu befähigen, diese Aufgabe, die ihr für die Zukunft gestellt ist, zu lösen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Das war Brünnings Maigrusz!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Die Ausführungen von Herrn Görlinger beweisen, wie skrupellos die sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten glauben, der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen zu können (Abgeordneter Hoffmann: Unwahr!), obgleich die sozialdemokratische Fraktion nicht nur hier, sondern auch im Preussischen Landtag und im Reichstag durch ihre Tolerierung der Politik Brünnings und durch die Maßnahmen ihrer eigenen Ministergenossen Braun und Severing das Elend, das sie hier aufzeigt, verschuldet hat. (Unwahr! bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! bei den Kommunisten.) Es ist deshalb geradezu unerhört, wenn in der Formulierung der SPD-Drucksache folgende Stellen enthalten sind:

„Es ist deshalb die Pflicht der Regierungen des Reichs und der Länder, durch sofort wirksame Maßnahmen den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu helfen. Die Wohlfahrtsrichtsäbe haben durch die dauernde Kürzung und den Abbau der Naturalunterstützung einen Stand erreicht, der schwere gesundheitliche Schädigungen und eine Verelendung der Hilfsbedürftigen im Gefolge haben wird, wenn die Gemeinden zu weiteren Kürzungen gezwungen werden.“

Das wagen ausgerechnet Sozialdemokraten zu schreiben, deren Minister Severing der verantwortliche

Minister für die Gemeindepolitik in Preußen ist, der die Ueberweisungen für die Wohlfahrtslasten der Gemeinden immer weiter abgedrosselt hat (Zuruf des Abgeordneten Niegel: Der so ein warmes Herz hat!), um solche Zustände, wie sie von den Sozialdemokraten selbst hier aufgezeigt werden, herbeizuführen.

Meine Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, Sie sagen: Wenn nicht bald Hilfe kommt, dann werden die Gemeindefinanzen zusammenbrechen. Ja, es ist bereits eine Hilfe gekommen, aber eine Hilfe, die das Absinken in das Elend geradezu in einem Hextempo weiter fördert. Wer die Zahlen einmal vergleicht, muß ein Grauen kriegen, in welch ein Elend die Arbeitslosen, die Wohlfahrtsempfänger und besonders deren Kinder gestoßen werden. Ich habe hier eine Zeitung von heute vor mir liegen, den „Dortmunder Generalanzeiger“. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das ist euer Leibblatt. Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Das müßt Ihr glauben!) In diesem „Dortmunder Generalanzeiger“, der eifrigsten Stütze Brauns und Severings in Preußen und Hindenburgs im Reich, wird bereits angekündigt — und auch die Stadt Düsseldorf hat schon eine Mitteilung erhalten —, daß die Wohlfahrtsunterstützungssätze am 1. Mai abgebaut werden. Dieser Abbau sieht folgendermaßen aus: In der sogenannten gehobenen Fürsorge soll der Höchstsatz von 120 auf 110 RM, in der allgemeinen Fürsorge von 110 auf 100 RM gesenkt werden, ganz gleich, wieviel Kinder die Familie hat. Für den Haushaltsvorstand werden die Sätze von 36 auf 32 RM abgebaut (Abgeordnete Frau Esser: Hört, hört!), für ein Ehepaar von 54 auf 48 RM, für ein Kind von 14 auf 13 RM und für die Kinder über 14 Jahre von 18 auf 16 RM. Das ist die Antwort Severings auf den Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion hier gestellt hat, um von der preussischen Regierung Hilfe zu erhoffen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Diese Maßnahme wird Zustände im Gefolge haben, wie sie eben bereits gekennzeichnet worden sind; sie wird weitere Verschlechterungen und weiteres Elend, insbesondere für die Kinder bringen, ob schon das Elend jetzt schon unerträglich ist.

Vor mir liegt eine weitere bürgerliche Zeitung von gestern; danach hat gestern in Essen eine Verhandlung vor dem Einzelrichter stattgefunden gegen 33 Väter, die ihre Kinder im vergangenen Jahre im Juli und im September nicht zur Schule geschickt haben. Sie haben damals eine Geldstrafe erhalten, deren Ausstragung am Gericht sie nun forderten. Da wird durch den Richter selbst festgestellt:

„Bei den Eltern handelt es sich ohne Ausnahme um langjährige Erwerbslose. Sie machten ergreifende Mitteilungen über die Not ihrer Kinder: Ohne Frühstück und ohne regelrechtes Mittagessen, ohne jede Kleidung hätten sie die Kinder nicht zur Schule schicken können, nachdem die Hilfe des Wohlfahrtsamtes ausblieb. Die Angaben über das furchtbare Elend der Kinder wurden von den Lehrkräften unter Eid bestätigt. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Kinder der Schule fernbleiben mußten, weil sie über keine Schuhe verfügten und auch dem Unterrichts in Folge hochgradiger Unterernährung nicht mehr folgen können.“

Wer verschuldet diese Unterernährung? Etwa jemand, der in der Luft schwebt? Die Braun-Severing-Regierung in Preußen, von der Sie hier in Ihrer Entschließung eine Hilfe für die Gemeinden fordern.

Sehen wir uns einige Zahlen aus dem Preußenetat an. (Abgeordneter Deppe: Sehr richtig!) Im preussischen Haushalt ist als Zuschuß für die Gemeinden für die Kinderspeisung ein Betrag von 250 000 RM vorgesehen oder, auf die Schulkinder umgerechnet, ein Betrag von 6 Rpf pro Monat. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Aber in den Etat der Preußenregierung sind eingesezt für Schulpferde 2 023 820 RM oder pro Pferd im Monat 47 RM (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das habt Ihr doch schon so oft vorgelesen!) Es ist notwendig, daß wir es auch hier wieder vorlesen. Es paßt Euch nicht, daß man Euch die Maske vom Gesicht reißt. (Zuruf der Abgeordneten Frau Becker: Kommen auch noch die Polizeihunde?)

Für Schulgesundheitspflege sind 15 000 RM eingesezt oder 0,03 Rpf pro Kind in Preußen. Für Kleinkinder 125 000 RM, für Säuglingsfürsorge 177 000 RM. Aber für die Polizeihunde in Preußen 464 000 RM oder für einen Hund 54,15 RM im Monat. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Das ist eine ganz gemeine Entstellung!) — Und da wagen Sie, Frau Becker, es noch, darüber zu lachen. Für ein Arbeiterkind 6 Rpf im Monat, aber für einen Schupoköter 54 RM. Das ist das soziale Gesicht der Preußen-Regierung. Das ist Braun-Severing in Preußen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die Ihr toleriert!) Wir tolerieren? Wir würden ja die Verbrecher an der Arbeiterbewegung werden, die Sie schon lange sind, wenn wir Braun-Severing tolerierten. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Moskau bestimmt das doch! Zuruf des Abgeordneten Pikard: Du hast die neue Linie noch nicht begriffen!)

Für die Schupo im Etat 477 Millionen, für die preussische Klassenjustiz 447 Millionen RM. Das sogenannte wilhelminische Regime der Vorkriegszeit hatte für die Polizei in Preußen 153 Millionen und für die Justiz 160 Millionen. Das sind die Früchte der Demokratie, wie sie von den Sozialdemokraten aufgefaßt wird. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Unkenntnis!) Das ist die Ergrungenschaft der Revolution, daß eine Volksschupo geschaffen wurde, die gegen das Volk eingesezt wird, wenn es rebelliert. Das ist keine Unkenntnis; aber das sind Wahrheiten, die Sie nicht gerne hören. (Zuruf des Abgeordneten Marx: Wie geht es denn in Rußland?) Wie es in Rußland geht? Fabelhaft! Ich habe gar keine Veranlassung, jetzt allgemein über die russischen Verhältnisse zu sprechen, weil ich die Zeit dazu nicht habe. Aber eins können Sie alle nicht ableugnen: In demselben Tempo, wie in Deutschland Betriebe stillgelegt werden, in demselben Tempo, wie in Deutschland Arbeiter entlassen werden, in demselben Tempo werden in der Sowjet-Union Betriebe eröffnet und Arbeiter eingestellt. Und in demselben Tempo, wie in Deutschland die Löhne der Arbeiter abgebaut werden, in demselben Tempo werden in Rußland die Löhne der Arbeiter erhöht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie Ihren ehemaligen Ministergenossen Vandervelde aus Belgien! Fragen Sie namhafte Persönlichkeiten der Wirtschaft, die in der Sowjet-Union waren, und sie werden Ihnen sagen, daß es nur ein Land in der Welt gibt, das von keiner Krise beherrscht wird wie die ganzen kapitalistischen Länder und von ihnen am schwersten Deutschland: Das ist die Sowjet-Union! Die deutschen Unternehmer schlagen sich förmlich um Sowjet-Aufträge. Sie können

aber infolge des Finanzbankrotts ihrer Regierungen keine Kredite mehr bekommen. Sie würden sonst noch viel mehr Russen-Aufträge nehmen und würden den grandiosen Ausspruch Lenins wahr machen, der gesagt hat, daß die Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern gezwungen sein wird, wenn sie ihren Untergang noch eine Zeitlang aufhalten will, an dem sozialistischen Aufbau in der Sowjet-Union mitzuhelfen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Die deutsche, die französische, die englische und die amerikanische Bourgeoisie, sie ist heute an dem Zustande angelangt, wo sie sich um Russenaufträge förmlich schlägt, um die Wirtschaft auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Das haben nicht nur englische, sondern auch französische und amerikanische Finanziers bestätigt: Das Grandiose bei den Russenaufträgen ist nicht nur, daß sie bestellen, sondern daß sie auch die einzigen sind, die zahlen. (Lachen rechts. Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Das tun sie eben nicht! — Glocke des Vorsitzenden.) — Sind die zehn Minuten schon um? —

Zum Schluß. Die Sozialdemokraten, die ja in der letzten Wahlschlacht schon die erste Lektion bekommen haben, werden bei den kommenden Wahlen von der Arbeiterschaft die nächste Lektion erhalten. Trotz aller gegen uns gerichteten Maßnahmen, trotz aller scharfen, drakonischen Mittel, die gegen uns angewandt werden, trotz des Steigens der Zahl der Nazis, die man als einen Schwamm bezeichnen kann, wird die kommunistische Partei über kurz oder lang die Millionenmassen der ausgebeuteten Deutschen zum Siege führen, gegen die Nazis und gegen Euch! (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Bockamp.

Abgeordneter Dr. B o c k a m p : Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft ist der Ansicht, daß der vorliegende Antrag der SPD. eigentlich offene Türen einrennt und auch nicht ohne agitatorische Absicht gestellt worden ist. Darüber ist im I. Sachausschuß eingehend gesprochen worden. Alles, was der Herr Landeshauptmann, was der Herr Oberpräsident und was fast alle Redner schon in der allgemeinen Debatte gesagt haben, lief doch hinaus auf eine Kennzeichnung der schwierigen Lage der Gemeindefinanzen und auf einen Hilferuf an die Staats- und Reichsregierung. Soweit dieser Hilferuf auch in dem Antrag enthalten ist, könnte man ihm zustimmen und stimmen wir auch zu. Wir stimmen auch zu, daß als eins der notwendigsten Hilfsmittel eine Aenderung des Lastenausgleichs bei der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge gefordert wird. Wir sind im ganzen überzeugt und erwarten, daß es den vereinten Anstrengungen der Reichs- und Staatsregierung und der Gemeinden gelingen wird, über die Finanzschwierigkeiten der Gemeinden hinwegzukommen.

Aber, meine Damen und Herren, man kann schon gewisse Bedenken dagegen haben, wenn im Antrag mit Wendungen wie Zahlungseinstellung der Gemeinden und Demoralisation gearbeitet wird, mit Rücksicht auf die Kreditlage der Gemeinden, die auch für uns nicht gleichgültig ist.

Weiterhin haben wir von der Arbeitsgemeinschaft Bedenken gegen die Ziffer 2 und auch gegen Ziffer 1, wo von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung die Rede

ist. Der Begriff der „planmäßigen Arbeitsbeschaffung“ ist etwas verschwommen. Er hat aus vielen Erörterungen heraus eine Tendenz gewonnen, der nicht unbedenklich ist. Wir möchten unter keinen Umständen den Eindruck aufkommen lassen, als wenn wir etwa eine planmäßige Arbeitsbeschaffung durch Vergabungen lediglich seitens der öffentlichen Hand wünschten oder beabsichtigten. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die private ist ja unfähig!)

Im I. Sachausschuß ist klargestellt worden, daß das mit dieser Fassung nicht gemeint sei, sondern daß ganz allgemein planmäßig Arbeit beschafft werden soll. Deswegen haben wir uns auch insoweit einverstanden erklärt trotz der eben angedeuteten Bedenken.

Dagegen müssen wir darauf bestehen — und das ist ja auch im I. Sachausschuß mit Mehrheit beschlossen worden —, daß der Satz über die Wohlfahrtsrichtsätze gestrichen wird. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die Mehrheit wird entscheiden!) Ich will hier gar nicht davon sprechen, ob die Wohlfahrtsrichtsätze zu hoch oder zu niedrig sind. Wir bedauern alle, daß sie nicht höher sein können. Aber es handelt sich hier darum, daß ein einzelnes Problem in agitatorischer Absicht aus einem ungeheuer schwierigen Gesamtkomplex herausgerissen wird und dazu noch eins, das überhaupt nicht zur Zuständigkeit der Provinz gehört. Vorhin hat sich Herr Görtinger bei Gelegenheit der Diskussion über die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auch auf die Unzuständigkeit der Provinz berufen. Wir sagen: Auch die Regelung der Wohlfahrtsrichtsätze gehört nicht zur Zuständigkeit der Provinz. Sie mögen das daraus ersehen, daß die doch gerade den Antragstellern nahe stehende preussische Staatsregierung, wie wir von verschiedenen Seiten eben schon gehört haben, eine neue Verfügung erlassen hat, wonach sie den Gemeinden die Genehmigung erteilt, nochmals die Richtsätze von 36 auf 34 RM herabzusetzen. Sie sehen daraus, daß die Provinz mit diesen Dingen nichts zu tun hat. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Sehr viel!)

Wir lehnen es daher ab, in dieser Entschließung uns mit den Wohlfahrtsrichtsätzen zu befassen, und verlangen, daß dieser Satz gestrichen wird. Nach Streichung dieses Satzes stimmen wir dem Antrage zu.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Körner.

Abgeordneter K ö r n e r : Meine Damen und Herren! Es würde auch offene Türen einrennen bedeuten, wollten wir zu dem Antrage noch viel sprechen.

Ich habe nur für die Mehrheit der Zentrumsfraktion die Erklärung abzugeben, daß wir wünschen, daß der letzte Satz des 1. Absatzes über die Wohlfahrtsrichtsätze nicht gestrichen wird. (Abgeordneter Hoffmann: Bravo!) Wir nehmen also den Antrag an mit dem Satz:

„Die Wohlfahrtsrichtsätze haben durch die dauernde Kürzung und den Abbau der Naturalunterstützung einen Stand erreicht, der schwere gesundheitliche Schädigungen und eine Verelendung der Hilfsbedürftigen im Gefolge haben wird, wenn die Gemeinden zu weiteren Kürzungen gezwungen werden.“

Wir treten für diesen Satz ein, weil diese Feststellung — denn es ist eine Feststellung — begründet ist und den Tatsachen entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a ß e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Es ist beschämend, daß von der kommunistischen Fraktion, trotzdem der Wahlkampf in Preußen abgeschlossen ist, nach wie vor diese verlogene Wahl-agitation hier in diesem Hause vorgebracht wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), trotzdem das nicht einmal, sondern zwanzigmal in Flugblättern und Zeitungen richtiggestellt ist und trotzdem die Herren meines Erachtens das wissen müßten und, wenn sie es wissen, dann wider besseres Wissen die Behauptungen aufrechterhalten — ein Verhalten, für das sich parlamentarisch ein richtiger Ausdruck überhaupt nicht finden läßt. Dies gilt namentlich von dem Polizeihund, der angeblich 54 RM pro Monat kostet. Diese Behauptung wiederholen sie immer wieder, trotzdem sie wissen, daß es über 4000 Polizeihunde sind und daß bei ihrer Rechnung die ganzen Unterhaltungskosten der angestellten Polizeibeamten mit eingerechnet sind, trotzdem sie wissen, daß es praktisch noch nicht einmal ganze 9 RM. ausmacht, die ein solcher Polizeihund kostet.

Ich glaube, daß auch Sie eine Sicherstellung der öffentlichen Ordnung auch in der Sowjet-Union bejahen. Ich möchte nicht fragen, was die G.M. in Rußland kostet und welche Aufwendungen dafür gemacht werden, und das in Vergleich stellen zu irgendwelchen Wohlfahrtsunterstützungen. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr gut!)

Auch dürften die Kommunisten wissen, daß der preussische Staat mit der Unterstützung der Wohlfahrts-erwerbslosen der Gemeinden nichts zu tun hat und daß unser Drängen sich hauptsächlich an das Reich richtet, das durch eine andere Lastenverteilung bei den Wohlfahrts-erwerbslosen den Gemeinden helfen soll. Dieses Drängen der Gemeinden ist von der preussischen Staatsregierung auf das nachdrücklichste ununterbrochen und dauernd unterstützt worden. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Es ist an mehreren Stellen offen zugegeben worden und wird auch hier von allen denen, die Bescheid wissen, bestätigt werden, daß leider Gottes der einzige wahre Freund der Gemeinden noch die Sozialdemokratie im Reichstag und im Preussischen Landtag war, da eben bei dem Ressentiment, das sich aus den verschiedensten Gründen gegen die Gemeinden geltend gemacht hat, die Schwierigkeiten sehr groß waren. Wir hoffen, daß endlich beim Reich die Bestrebungen Erfolg haben, die auf eine Entlastung der Gemeinden dringen.

Aber auch dem Redner der Arbeitsgemeinschaft, der es sich nicht verkneifen konnte, uns vorzuwerfen, daß wir aus agitatorischen Gründen einen solchen Antrag gestellt hätten, darf ich versichern, daß meine Freunde und ich es immer als unsere Mission angesehen haben, bei diesem großen Heer der unglücklichen Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen nicht Agitation zu treiben, wie es in der hemmungslosesten Weise von den Nationalsozialisten und den Kommunisten geschehen ist (Abgeordneter Gerlach: Sehr wahr!), sondern ihr Freund zu sein. Es ist eine Schicht, die keine Organisation hat. Sie ist nicht organisiert, sie ist nirgendwo zusammengefaßt, niemand kümmert sich um sie. Darum ist es notwendig, daß wir uns rückhaltlos für sie einsetzen, und zwar aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit als Klasse. Wir

fühlen uns mit ihr verbunden. Darum empfinden wir es so verletzend und unerhört, daß die Kommunisten es wagen, sich hierher zu stellen und solche Ausführungen zu machen.

Man kann auch von einer Unzuständigkeit der Provinz nicht sprechen. Denn es ist lediglich eine Entschlie-ßung und kein Beschluß, der hier gefaßt werden soll, während vorhin ein Beschluß an Stelle der Gemeindevertretung gefaßt werden sollte.

Auch, wenn Sie von den 2 RM Kürzung sprechen, ist Ihre Darstellung falsch. Meines Wissens hat der Wohlfahrtsminister lediglich die Erlaubnis gegeben, dort, wo Kohlenbeihilfen von 2 RM während des Winters gewährt waren, diese Kohlenbeihilfen jetzt abzuschaffen. Ich bin der Auffassung, daß in der über-großen Zahl auch der rheinischen Gemeinden eine Kürzung des Richtsatzes auf Grund dieses Erlasses des preussischen Wohlfahrtsministers nicht gerechtfertigt ist. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Denn eine solche Kohlenbeihilfe ist nicht gewährt worden und, wenn sie nicht gewährt wurde, kann sie auch nicht gekürzt werden. Es ist überall Aufgabe der Gemeinde-vertreter, darüber zu wachen und nötigenfalls auch die Aufsichtsbehörde in Anspruch zu nehmen, wenn un-be-rechtigt eine Kürzung Platz greift, die über das hinaus-geht, was tragbar ist. (Beifall bei den Sozialdemo-kraten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a ß e n : Wei-tere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Beck.

Abgeordneter Beck: Die kommunistische Fraktion wird dem SPD-Antrage nicht zustimmen, weil wir ein derartiges demagogisches Spiel nicht mitmachen. (Unruhe.) Der Antrag besagt absolut nichts. Er ist nichts anderes als ein demagogisches Manöver zur Täuschung der Massen. (Große Unruhe.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a ß e n : Ich bitte um Ruhe. Ich lasse getrennt abstimmen über den Antrag der SPD. ohne den letzten Satz des ersten Ab-satzes und werde dann hernach über die Ergänzung abstimmen lassen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Nein, vorher muß über die Ergänzung abgestimmt werden!) Ich kann auch, wenn Sie es wünschen, über den Gesamtantrag als den weitestgehenden Antrag zu-erst abstimmen lassen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Dr. Jarres.

Abgeordneter Dr. Jarres: Der Antrag, diesen Satz zu streichen, ist ein Abänderungsantrag. Ueber diesen Abänderungsantrag muß zunächst abgestimmt werden, schon aus dem Grund, weil dann unter Um-ständen denjenigen, die für die Streichung sind, noch die Möglichkeit verbleibt, für den Rest des Antrages zu stimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a ß e n : Bei-des kommt praktisch auf dasselbe hinaus.

Ich werde also zunächst über den Antrag abstimmen lassen, den letzten Satz des ersten Absatzes zu streichen. Wer für die Streichung ist, den bitte ich, sich zu er-heben. — Der Antrag ist abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag der sozialdemo-kratischen Fraktion in Drucksache 19 in feiner Gesamt-heit abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 21.

Als Berichterstatter hat Herr Abgeordneter Henry das Wort.

Abgeordneter Henry: Der Sachausschuß empfiehlt Ablehnung des Antrages in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Provinzialausschusses.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmitz.

Abgeordneter Schmitz-Habbelrath: Die kommunistische Fraktion hat zu der Holzheimer Sparkassengeschichte den Antrag gestellt, daß die preußische Staatsregierung ersucht wird, die Schulden in Höhe von 128 000 RM zu übernehmen.

Wenn wir diesen Antrag gestellt haben, so haben wir es deshalb getan, um hier einmal die Mißwirtschaft bei der Holzheimer Sparkasse aufzuzeigen.

Es ist festgestellt worden, daß im vorigen Jahre der Bankrott der Holzheimer Sparkasse durch eine miserable Mißwirtschaft in Gang gesetzt werden konnte. Festgestellt worden ist, daß jahrelang in der dortigen Sparkasse keine Revision stattgefunden hat. Und heute hat der Genossenschaftsrat beschlossen, daß auf jedes Genossenschaftsmitglied noch 600 RM zu zahlen sind. Teilweise sind diese Beträge schon von der kapitalistischen Gesellschaft eingetrieben worden. Aber es sind 250 Anteile, die heute noch zu bezahlen sind. Diese Anteile sind zu bezahlen von Kleinbauern, kleinen Geschäftsleuten und Arbeitern. Diese Leute sind nicht in der Lage, diese 600 RM zu zahlen. Deshalb geht diese kapitalistische Gesellschaft dazu über und versucht, durch Zwangseintreibungen dieses Geld aus den Proleten und den Kleinbauern herauszubekommen.

Wir erklären hier offen: Diese kleinen Leute sind nicht in der Lage, diese 600 RM zu zahlen. Wir müssen auch für diese Leute verlangen, daß der preußische Staat die 128 000 RM übernimmt.

Aber bei dieser Gelegenheit möchte ich auch hier noch erklären, daß nicht allein die Holzheimer Sparkassenbank durch den Bankrott die kleinen Leute in eine derartige Mißwirtschaft hineingezogen hat. Wir haben noch mehr solcher Fälle im Rheinlande zu verzeichnen. Ich möchte da besonders auf Neroth in der Eifel hinweisen. In Neroth wurde auch eine Sparkasse zugrunde gerichtet, weil der dortige Mendant, der Zentrumsmann Merfel, der Sparkasse einen Betrag von 21 000 RM unterschlug. Sie sehen hieran, daß auch Zentrumsleute die kleinen Leute in eine derartige Mißwirtschaft hineinziehen, indem sie die Sparkasse mißbrauchen, um ihr Privatgeschäft über Wasser zu halten.

Aber darüber hinaus möchte ich hier als Vertreter der kommunistischen Fraktion erklären: Wir wissen und haben es auch aus dem Munde des Berichterstatters gehört, daß dieser Antrag ebenfalls abgelehnt werden soll. Ihr gebt damit deutlich zu erkennen, daß Ihr nicht gewillt seid, den kleinen Leuten zu helfen. Ihr gebt dadurch zu erkennen, daß Ihr euch dafür einsetzt, daß diesen kleinen Leuten das letzte Stück Vieh aus dem Stall herausgeholt wird, die letzte Kuh, das letzte Schwein und der letzte Gegenstand aus der Arbeiterfamilie, um diese Bankrottmißwirtschaft zu decken.

Ich sage hier in aller Öffentlichkeit: Nicht nur die Holzheimer Kleinbauern und nicht nur die Holzheimer Landarbeiter können durch ihren Kampf das System be-

seitigen, sondern die gesamten Kleinbauern, die gesamten Bauern, die gesamte werktätige Bevölkerung muß sich zusammenschließen, um mit der kommunistischen Partei dieses bankrotte System zu beseitigen. Dann wird auch in der Holzheimer Sparkassengeschichte für die kleinen Leute etwas getan werden können. Aber von diesem kapitalistischen System haben sie nichts zu erwarten. Wir müssen dieses bankrotte System ausrotten bis auf die Wurzel. (Zuruf des Abgeordneten Kurth: Das war eine Holzheimer Rede!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kranz.

Abgeordneter Kranz: Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Vorredner darauf hingewiesen hat, daß die Zentralstelle durch Unterlassen der Revision eine Schuld an den traurigen Zuständen in der Sparkasse in Holzheim habe, so ist das eine direkte Unwahrheit. (Hört, hört! rechts.)

Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Weil Sie es nicht können!) — Ich habe das ganze Material da. — Ich gehe deswegen darauf nicht ein, weil dadurch die jetzigen Sanierungsverhandlungen gestört würden. Das, was Sie tun, wird ganz bestimmt dazu führen, daß die Sanierung der Kasse, die jetzt im Gange ist, unter Umständen nicht mehr zustande kommt. Sowohl die Zentralstelle in Koblenz als auch die Aufsichtsbehörden, der Herr Landrat und der Herr Regierungspräsident, haben alles getan, was getan werden konnte, um den Leuten zu helfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Herr Regierungspräsident und der Herr Oberpräsident haben nach Einsicht in die Akten festgestellt, daß nicht mehr zur Sanierung der Kasse geschehen konnte. Die Schuld liegt auf einer ganz anderen Seite. Aber über diese Schuld will ich nicht sprechen.

Wenn der Herr Vorredner sagte, daß Pfändungsbefehle ergangen seien und die letzte Kuh aus dem Stall genommen werden solle und die letzte Maschine, so ist das ebenso irreführend und unwahr. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Bis auf den heutigen Tag hat noch nicht eine einzige Pfändung dort stattgefunden, nicht eine einzige. (Lebhaftes Hört, hört!) Wohl wurden Pfändungsbefehle hinausgegeben, und es wurden auch Sicherheitshypothesen verlangt, und zwar deswegen, um einmal den Vorstand der Kasse an seine Pflicht zu erinnern, was er tun müsse, um die Kasse zu sanieren.

Wenn die politischen Interessen der SPD nicht gewesen wären (Zuruf des Abgeordneten Beck: Dann hätten die Leute längst keine Kuh mehr im Stall!), dann wäre die Kasse vielleicht schon längst saniert. Wenn Sie die Leute nicht so aufgeregt hätten, dann hätten Sie den armen Leuten geholfen. Jetzt aber werden Sie vielleicht dafür sorgen, daß eventuell eine Hilfe nicht möglich ist. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Sagen Sie das den Bauern, die werden Ihnen etwas anderes erzählen!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rath.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Die Kasse ist in meinem Bezirk; mir sind die Verhältnisse ganz genau bekannt. Ich unterstreiche Wort für Wort, was der Herr Vorredner gesagt hat, und ver-

zichte deshalb auf weitere Ausführungen, zumal mir nur zwei Minuten zur Verfügung stehen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des I. Sachausschusses auf Ablehnung des kommunistischen Antrages. Wer für den Antrag des I. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zu Punkt 22.

Das Wort hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio.

Abgeordneter Freiherr von Salis-Soglio: Meine Damen und Herren! Der Etat der Straßenbauverwaltung zeigt den ganzen Ernst der finanziellen Lage.

Wir haben im vorigen Jahre mit einer sogenannten bereinigten Bruttoeinnahme von 19,8 Millionen rechnen können, in diesem Jahre sind 13,1 Millionen vorgesehen, so daß ein Minus von 6,7 Millionen allein auf diesen Etat fällt. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!)

Wie sich das im einzelnen auswächst, kann an Hand des Etats, Seite 16, im einzelnen erläutert werden.

In den Einnahmen ist die Kraftfahrzeugsteuer unter Titel 1 mit 14,5 Millionen angesetzt. Im Vorjahre waren es 17 Millionen. Es ist also ein Minus von 2,5 Millionen angenommen. Aber auch dieses Minus wird überschritten, denn nach der Entwicklung, die die Kraftfahrzeugsteuer durch die Senkung der Steuer und durch den Rückgang der Wagenanzahl erlitten hat, wird diese Summe von 14,5 Millionen wohl schwerlich erreicht werden. Man taxiert den weiteren Niedergang auf 1,3 Millionen, so daß wir in Wirklichkeit nicht 14,5, sondern wahrscheinlich höchstens nur 13,2 Millionen als Einnahme unter Position 1 zu erwarten haben.

Zum übrigen ist die Einnahmeseite zwangsläufig. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die ganzen Bauten der Provinzialstraßenverwaltung bis zum 1. Oktober fertiggestellt sein müssen, da sonst die Witterung einen weiteren Ausbau nicht mehr erlaubt. Dadurch ist es nötig, daß zum mindesten zwei Drittel der Einnahme bis zum 1. Oktober bar greifbar sind. Ob das bei der jetzigen Finanzlage überhaupt möglich sein wird, ist immerhin zweifelhaft.

Wenn ich auf die Ausgabe eingehe, so ist Kapitel 20 Nr. 1 bis 9 (persönliche Verwaltungsausgaben) um 25 Prozent, sächliche Ausgaben (Nr. 10 bis 19) um 15 Prozent gesenkt. Der maßgebende Titel ist aber Titel 21, die materielle Straßenunterhaltung, nämlich: „Laufende Unterhaltungskosten sowie Kosten für größere Erweiterungen und Umbauten.“ In diesem Jahre ist der Ansatz 4,5 Millionen; im vorigen Jahre waren es 12,3 Millionen, also ein Weniger von 7,8 Millionen.

Meine Herren, der III. Sachausschuß war der Ansicht, daß mit diesen 4,5 Millionen, deren Greifbarkeit bis zum 1. Oktober noch nicht ganz zweifelsfrei ist, der glatte Unterhalt der Straßen nur im günstigsten Falle bestreiten werden kann, nämlich dann, wenn die Witterungsverhältnisse für die Straßen außerordentlich günstig sind. Wenn die Witterungsverhältnisse ungünstig sind, wird es unmöglich sein, mit diesem Be-

trage auszukommen, und Sie werden sich darauf einrichten müssen, daß in Zukunft in unserem Straßennetz große Schlaglöcher sind, die nicht repariert werden können, weil kein Geld da ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Wiles: Sehr richtig!) Sie werden bei diesen Schlaglöchern ein Schild finden; darauf steht: Schlechte Straße. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Aber unsere Schilder sind schöner, jagt Herr Hartmann in Remscheid!) Ich weiß nicht, was Sie für Schilder meinen. Also, hier bei uns würde „Schlechte Straße“ stehen. Das soll die Provinzialverwaltung schützen vor irgendwelchen größeren Erfordernissen, die durch Unglück auf der Straße durch die schlechte Befestigung veranlaßt werden. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei dieser geringen Summe es ausgeschlossen ist, den weiteren Zweck des Titels 21, nämlich „Kosten für größere Erweiterungen und Umbauten“, in diesem Sinne weiter aufrecht zu erhalten.

Sie wissen, meine Damen und Herren, wir haben ein großes Projekt gehabt, und dieses Projekt ist bis zu zwei Dritteln ausgeführt. Es muß aber jetzt bezüglich des Umbaus, also bezüglich der neuzeitlichen Decke, ein Stillstand eintreten. Dieser Stillstand ist außerordentlich bedauerlich. Er wird aber insoweit vielleicht tragbar, als wir durch die bisherige Finanzpolitik der Straßenverwaltung, durch die Aufnahme von 40 Millionen Darlehen, es ermöglicht haben, zwei Drittel unseres ganzen Straßennetzes, also über 4000 Kilometer, zeitgemäß so auszubauen, daß die Decken in etwa dem heutigen Verkehr längere Zeit standhalten können. Immerhin ist es bedauerlich, daß wir dieses Projekt einschränken müssen, und der III. Sachausschuß hatte ernste Bedenken, ob er es verantworten könnte, den Etat zu genehmigen, weil eben diese Mittel wahrscheinlich nicht einmal voll ausreichen werden, um die Straßen ordnungsmäßig zu erhalten resp. den Wertbestand des Straßenmaterials in Ordnung zu sichern.

Meine Herren, leider muß ich mitteilen, daß die Steinindustrie größere Aufträge in diesem Jahre nicht erwarten kann. Es liegen schon jetzt 80 000 Kubikmeter Steinmaterial an den Straßen, die naturgemäß zuerst eingebaut werden müssen. Es ist ganz undenkbar, daß größeres Material in diesem Jahre mit den vorhandenen Mitteln noch beschafft werden kann.

Damit Sie einen Ueberblick haben, wie die Preise resp. unsere Einnahmen gesenkt worden sind, will ich Ihnen sagen, daß im Jahre 1928 pro Kilometer 3000 RM zur Verfügung standen und heute nur mehr 700 RM. Mit 700 RM kann man natürlich keine großen Umbauten machen.

Ich komme zu den Titeln 30 bis 35: Leistungen an Kreise und Gemeinden. Auf der Einnahmenseite ist die Kraftfahrzeugsteuer mit 3,8 Millionen vorgesehen, die an die Kreise und Gemeinden fällt. Das sind 21 Prozent der gesamten Kraftfahrzeugsteuer der Provinz. Es ist, wie gesagt, nur ein Durchgangsposten, er fließt wieder den Gemeinden zu.

Der Titel 32, der auf Grund des Dotationsgesetzes den Kreisen zufällt, ist von 1 Million auf 400 000 RM gekürzt worden. Diese Kürzung ist genau in dem gleichen Maßstab erfolgt wie die gesamte Kürzung für die Provinzialstraßen, so daß die Kreisverwaltung sich in dieser Beziehung wohl nicht beklagen kann.

Zu Titel 35 liegt ein besonderer Antrag hier vor; es ist die Drucksache 61. Wir waren nämlich der Ansicht,

daß, um in etwa die Mittel für den Straßenbau zu vergrößern, einzelne Titel einzusparen sind — es mußte sich ja der Etat selbst ausgleichen, weil neue Anträge bei der Finanzlage nicht angenommen werden konnten. Im III. Sachausschuß wurde vorgeschlagen, den Titel 35 mit 300 000 RM zur Förderung des Baues zwischengemeindlicher Straßen und Verkehrsanlagen im Bezirke des Ruhrfiedlungsverbandes zu streichen und auf den Titel 21 zu übertragen. Der I. Sachausschuß hatte aber Bedenken dagegen, und wir konnten uns in einer gemeinschaftlichen Sitzung diesen Bedenken nicht verschließen. Es ist daher vom I. und III. Sachausschuß in dieser Beziehung zu dem Titel 35 der Antrag gestellt worden, „daß eine bessere Aufteilung des Arbeitsbereiches zwischen den Provinzen und dem Ruhrfiedlungsverband es ermöglichen muß, in den nächstjährigen Haushaltsplan einen Betrag für diese Zwecke nicht wieder einzusetzen“.

Wir haben selbstverständlich im Sachausschuß I und III nicht die Frage erörtert, ob überhaupt der Ruhrfiedlungsverband in Zukunft noch zu Recht bestehen soll oder nicht. Wir hatten aber doch den Eindruck, daß es schließlich den Herren vom Ruhrfiedlungsverband unerwünscht ist, wenn sie von ihren Straßen wegkommen und ihre Wagenachsen in unserem Bezirk brechen. Wir glaubten, daß wir da mit den 300 000 RM Erleichterungen schaffen könnten. Aber, wie gesagt, der I. Sachausschuß hatte prinzipielle Bedenken, und wir schlugen Ihnen vor, die Angelegenheit in dieser Fassung zu regeln. Bis zum nächsten Jahre wird vielleicht eine anderweitige Regelung kommen.

Im übrigen habe ich zu den Titeln 40 bis 45 nichts weiter zu sagen.

Ich bitte, nur noch bei dem Kapitel 120 auf der Seite 21 nachzusehen. Da sind einmalige Ausgaben eingesetzt, die früher außerordentliche Ausgaben und Einnahmen genannt wurden. Es handelt sich da im wesentlichen nur um die Fertigstellung der früher angefangenen Arbeiten. Da ist unter Nr. 1 die Fertigstellung der Bauarbeiten an der Kraftwagenstraße Köln—Vonn. Es wird Sie interessieren, daß diese Kraftwagenstraße, die ausschließlich für den Kraftwagenverkehr gebaut ist und nur für ihn benutzt werden darf, 20 Kilometer lang ist, daß sie 325 000 Tagewerke Arbeit erfordert hat und daß eine Bodenbewegung von 700 000 Kubikmeter und 200 000 Kubikmeter Kleinschlag nötig waren. Die Arbeiten sind bei 16 Kilometern vollständig fertiggestellt; bei 4 Kilometern sind sie nahezu fertig. Wenn der Fremdenverkehr am Rhein auf den Höhepunkt gekommen ist — im Juli —, wird sie, wie die Verwaltung uns versichert, dem Verkehr übergeben werden.

Die Fortsetzung der Bauarbeiten an der Teilstrecke Opladen der Kraftwagenstraße Köln—Düsseldorf wird ebenfalls in kleinerem Umfange durchgeführt. Der weitere Ausbau der Autostrecke zwischen Düsseldorf und Köln wird aber vorläufig wohl nicht erfolgen; es wird eben die weitere Finanzlage abzuwarten sein.

Ob der Bau der Umgehungsstraße Unkel, der hier mit 290 000 RM eingesetzt ist, überhaupt in Angriff kommt, ist sehr zweifelhaft. Immerhin sind uns 170 000 RM und verstärkte Förderung zugesagt, so daß der von der Provinzialverwaltung einzusetzende Betrag nicht sehr erheblich sein wird.

Sehr zu begrüßen ist die Beseitigung der Eisenbahnübergänge zwischen Königsbach und Kapellen=Stolzenfels auf der Strecke Bingerbrück—Koblenz. Wer die Strecke kennt, wird wissen, daß dies Gefahrenpunkte erster Ordnung sind.

Das, meine Herren, ist im allgemeinen der Etat, über den ich zu sprechen hatte. Ich bitte um unveränderte Annahme der vom Provinzialausschuß Ihnen vorgeschlagenen Fassung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Der Berichterstatter des I. Sachausschusses, Herr Abgeordneter Henry, hat das Wort.

Abgeordneter Henry: Der I. Sachausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages in der vorliegenden Form (Drucksache 61).

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer für die Annahme des Antrages in Drucksache 61 ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu den Punkten 23 bis 25.

Berichterstatter zu 23 ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann.

Abgeordneter Dr. Hartmann: Meine Damen und Herren! Im I. Sachausschuß wurden Bedenken laut, ob die Ansätze für die Einnahmen aus Dotationen und Steuern nicht zu hoch gegriffen seien. Vor allen Dingen wurden die Befürchtungen geteilt, die der Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht hat, ob die Kraftfahrzeugsteuer wirklich 14,5 Millionen im kommenden Jahre bringen werde. Wir haben aber davon abgesehen, Anträge auf Abänderung zu stellen. Wir haben es deshalb unterlassen, weil die Ansätze nach dem preussischen Haushalt gefunden worden sind und wir der Auffassung sein müssen, daß an dieser Stelle ein besserer Überblick über die Einnahmen vorhanden ist als bei uns. Zum anderen haben wir aber auch davon absehen können mit Rücksicht darauf, daß der Provinzialausschuß auch in diesem Jahre wieder ermächtigt werden soll, Kürzungen an den Ausgaben vorzunehmen, wenn die Einnahmen gegenüber den Schätzungen zurückbleiben.

Deshalb kann an sich empfohlen werden, die Kapitel 1 bis 9 unverändert anzunehmen, nur mit einer einzigen Ausnahme:

Es wird beantragt, die Einnahme von 8,5 Millionen bei Kapitel 2, Titel 5, abzusetzen und dementsprechend auch die Ausgabe unter Kapitel 3, Titel 2 (8,5 Millionen), zu streichen. Es ist das die Ausgabe, die zur Zurückzahlung fälliger Kredite und zur Teilzahlung auf Stammeinlageerhöhung bei der Landesbank vorgeesehen ist. Der Ausschuß ist nach den Ausführungen, die uns geworden sind, der Auffassung, daß diese ganze Ausgabe erst in Frage kommen kann, wenn die Gelegenheit der Landesbank endgültig geregelt wird. In diesem Augenblick aber, wo der ganze Fragenkomplex noch zur Erörterung steht, wird gebeten, dem Antrage zuzustimmen, die Ausgaben zu streichen und die Einnahmen vorläufig abzusetzen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Zu Punkt 24 als Berichterstatter Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Im Vorbericht zum Haushaltsplan der Provinzialverwaltung hat der Provinzialausschuß dem Provinziallandtag einen Beschluß

vorgeschlagen (Drucksache 1, Seite 8). Diesem Beschluß ist der Sachausschuß I nicht beigetreten. Die Abstimmung über eine Nachtragsumlage soll für die jetzige Session vertagt werden, da morgen beschlossen werden soll, den Landtag zu vertagen. Wir werden aber noch im Laufe des Jahres 1932 Gelegenheit haben, uns mit einer eventuellen Nachtragsumlage zu beschäftigen.

Um aber den Haushaltsplan verabschieden zu können, bedarf es eines Beschlusses über die Provinzialumlage ohne die Nachtragsumlage. In dem Beschlußentwurf des Provinzialausschusses war die Provinzialumlage mit der Nachtragsumlage in Prozentsätzen zusammengefaßt. Unter Absezung der Nachtragsumlage ergibt sich jetzt folgendes Bild:

Der Provinzialausschuß hatte vorgeschlagen, 11,97 Prozent zu erheben aus den den Stadt- und Landkreisen 1932 zufließenden Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer und 50 Prozent von 11,97 Prozent des Landesfiskus, der für 1932 in Stadt- und Landkreisen veranlagten Bürgersteuer. An Stelle dieser 11,97 Prozent schlägt der Sachausschuß I Ihnen nunmehr 5,25 Prozent vor.

Der Provinzialausschuß hatte 16,51 Prozent von den vom Staate für 1932 veranlagten Realsteuern vorgeschlagen. Statt dieser 16,51 Prozent schlägt Ihnen der Sachausschuß I nunmehr 9,79 Prozent vor. Den Beschlußentwurf, den Ihnen der Sachausschuß I vorschlägt, brauche ich nicht zu verlesen, da er inzwischen als Drucksache in Ihre Hände gelangt ist. Ich beantrage also namens des Sachausschusses, den Beschlußentwurf Drucksache 58 anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafien: Zu Punkt 25 hat das Wort der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Marx.

Abgeordneter Marx: Der Antrag des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei — Drucksache 21 — will, daß der Herr Landeshauptmann dem Provinzialausschuß, bzw. dem nächstjährigen Provinziallandtag Bericht darüber erstatten soll, wie sich evtl. die Umlage nach gleichen Prozentsätzen auswirken würde.

Zur Zeit liegen die Dinge wie folgt: Die Umlage wird in Prozentsätzen nach den Reichsteuerüberweisungen und den Realsteuern sowie seit 1931 von der Hälfte der Bürgersteuer erhoben. Die Prozentsätze können ungleich sein. In den meisten anderen Provinzen sind sie gleich; dagegen in der Rheinprovinz sind sie ungleich. Die Summen, die erhoben werden, sind lediglich umgelegt nach einem Prozentsatz, wonach der Umlageanteil aus dem Aufkommen der Steuerüberweisungen genau so hoch ist, wie der Anteil von den Realsteuern. Der Antrag will nun, daß dem nächstjährigen Provinziallandtag über die Auswirkung bei einer Gleichsetzung der Prozentsätze Bericht erstattet werden soll. Der Sachausschuß I hat sich mit dem Antrage befaßt und bittet den Provinziallandtag, diesen Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Farres: Wortmeldungen liegen zu diesen Punkten nicht vor. Ich bitte diejenigen, die für die Anträge des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Nr. 26 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Marx.

Abgeordneter Marx: Meine Damen und Herren, es handelt sich bei diesem Punkte um die Anträge des

Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei sowie der Zentrumsfraktion. Es sind gleichlautende Anträge, die sich mit dem freiwilligen Arbeitsdienst befassen. Der Sachausschuß I hat sich mit diesen Anträgen beschäftigt. Er sieht die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Anträge ein. Er empfiehlt dem Provinziallandtag, den Antrag des Christlichen Volksdienstes und der Bauernpartei sowie den der Zentrumsfraktion anzunehmen, mit der Aenderung, daß in dem Antrage der Zentrumsfraktion im letzten Absatz das Wort „Hochwasserschutzprojekte“ gestrichen und gleichzeitig vor dem Worte „auch“ nachstehender Satz eingeschaltet wird: „Dem freien Arbeitsmarkt und dem Gedanken der Tarifgemeinschaft darf durch den freiwilligen Arbeitsdienst kein Abbruch geschehen“.

Ich bitte, dem Antrage des Sachausschusses I zu entsprechen und den Antrag mit den vorgeschlagenen Aenderungen anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Roth.

Abgeordneter Roth: Es klingt wie blutiger Hohn, wenn wir uns den Antrag der Zentrumsfraktion und des Christlichen Volksdienstes näher ansehen, wo man von der Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes in der Rheinprovinz spricht. Diese Freiwilligkeit hat ihre besondere Bewandnis. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Sie wird am besten durch die angekündigten neuen Unterstützungs-Abbaumaßnahmen gekennzeichnet, die sich nicht nur dadurch ausdrücken, daß man die Hungerlöhne von 9 bzw. 8 RM noch weiter kürzt, sondern insbesondere dadurch, daß zehntausende und hunderttausende jugendliche Erwerbslose gänzlich aus der Fürsorge herausgeschmissen werden. So sieht es mit der Freiwilligkeit aus. Diese Jugendlichen sind dann vor die Frage gestellt, zu verhungern oder aber die Zähne aufeinander zu beißen und sich zunächst solchen Maßnahmen zu fügen. Diese Jugendlichen, die also keine Unterstützung mehr bekommen, werden vielleicht zwar nicht von unverständigen Eltern dazu veranlaßt, diese Sklavenarbeit anzunehmen, aber sie ringen mit sich und glauben es nicht verantworten zu können, ihren Eltern den letzten Bissen Brot zu Hause wegzunehmen. Aus diesem Grunde sehen sie sich veranlaßt, sich in diesen Arbeitsdienst einzufügen.

Dieser Antrag des Zentrums ist natürlich nicht neu. Wir finden ihn ja nicht etwa nur bei der Zentrumspartei, sondern auch die faschistische Hitler-Partei hat sich insbesondere für diese Forderung wärmstens eingesetzt, selbstverständlich mit weitestgehender Unterstützung — wie bei allen anderen Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiterschaft richten — auch der Sozialdemokratischen Partei. Es kommt nicht von ungefähr und es ist bezeichnend, daß diesen Antrag der Zentrumspartei auch christliche Gewerkschaftsführer unterzeichnet haben (Zuruf aus der Arbeitsgemeinschaft: Warum denn nicht?), die sich immer und immer wieder vor die Arbeiterschaft hingestellt haben mit der Erklärung, deren Interessen zu vertreten, die die Arbeiterschaft aufgefordert haben, sich in den christlichen Gewerkschaften zu organisieren, um sich dadurch ein Tarifgesetz und dergleichen erzwingen zu können. Heute wissen wir, wie es praktisch mit diesen Maßnahmen aussieht, die man mit Unterstützung gerade der christlichen Gewerkschaftsbürokratie, angefangen von Stahlwert

Becker bis Bestag usw., durchgeführt hat. Das waren die ersten Maßnahmen, die den heutigen Zustand eingeleitet haben, wo man die Arbeiterschaft mit dem Hinweis auf die schlechten Verhältnisse aufgefordert hat, zunächst einmal das hinzunehmen; wo man der Arbeiterschaft gesagt hat, daß es aber besser würde. Man macht den Arbeitern Versprechungen, als ob sie eine bessere Zukunft erwarten könnten, wenn sie sich zunächst diesen Maßnahmen fügen würden. Wir werden Ihnen aber gründlich einen Strich durch diese Rechnung machen. Die jugendlichen Arbeiter will man zu einer Prätorianergarde machen, zu Lohnbrüchern; denn das, was die Arbeitsdienstpflicht zunächst sein soll, soll System in Deutschland werden. Ebenso wie man in einer Reihe faschistischer Länder dazu übergegangen ist, besonders die Transportarbeiterschaft mit Rücksicht auf die Kriegspolitik, die die kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion durchführen müssen, in den Kriegszustand zu versetzen, so will man bereits in Deutschland die ersten Anfänge machen. Neben den Hungerlöhnen von 1,50 bis höchstens 2 RM pro Kopf und Tag sollen sie gleichzeitig für den Krieg gegen die Sowjetunion eingedrillt werden. Denn es ist ja bezeichnend, daß diese jugendlichen Arbeiter bei dem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst von abgetakelten faschistischen Offizieren kommandiert werden, daß sie auf Kommando die Hacke und Schuppe bewegen müssen, daß sie, bevor sie arbeiten, militärischen Drill erhalten und ähnliche Dinge mehr.

Wir glauben, daß diese Maßnahmen, die Sie hier durchführen wollen, nicht gelingen werden. Ich habe schon gesagt: Wir werden alles tun, diese jugendlichen Arbeiter, diese sogenannten Freiwilligen, die man unter brutalen Hungermaßnahmen in diese Arbeitsmethode hineingezwungen hat, aufzuklären und mit ihnen den Kampf gegen dieses System zu beginnen, insbesondere mit dem Hinweis, daß es gerade die Leute des Zentrums sind, die auf der anderen Seite die hohen Gewinne der Kapitalisten, die hohen Dividenden und die hohen Gehälter billigen, die heute noch bezahlt werden. Es ist bezeichnend für dieses Zentrum, daß für einen Bischofsstich in Deutschland wie Köln 190 000 RM ausgegeben werden, und das mit der Unterstützung der Sozialdemokratie durch ihren Braun, durch das Konkordat und andere Maßnahmen. Glauben Sie nicht, daß die zu diesen Arbeiten gezwungenen Arbeiter sich das auf die Dauer gefallen lassen werden. Diese Arbeiter haben schon, soweit sie Gelegenheit dazu hatten, Maßnahmen ergriffen, indem sie streikten, indem sie sich ganz einfach zur Wehr setzten, diese Arbeiten auszuführen, indem sie ihre Unterstützungen weiter verlangten und dergleichen mehr.

Wir wissen, daß es vom kapitalistischen Standpunkt aus notwendig erscheint, solche Maßnahmen durchzuführen, wenn Sie Ihr faules kapitalistisches System erhalten wollen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Wir haben den Arbeitern ein Arbeitsprogramm aufgezeigt, und die Arbeiter werden es immer mehr verstehen, daß dieses allein für sie einen Ausweg bietet.

Wofür sollen die Arbeiter schlechtweg verwandt werden? Zu Maßnahmen, die die Interessen der Bourgeoisie vertreten, d. h. Meliorationen, Arbeiten bei den elbischen Großjunkern usw., damit ihr Ausbeutungsfeld noch weiter vergrößert wird. Glauben

Sie nicht, daß Sie das durchführen können, ohne auch nur in etwa daran gehindert zu werden.

Ich will insbesondere den Sozialdemokraten etwas sagen, die zwar nicht einen offenen Antrag eingebracht haben, diese Arbeitsdienstpflicht einzuführen, denen man aber, ebenso wie sie den Faschismus aus der Taufe gehoben haben, nachweisen kann, daß sie auch diese Arbeitsdienstpflicht in Deutschland zuerst eingeführt haben. Das ist bezeichnend auch für ihre weitere Stellungnahme. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daraus läßt sich ohne weiteres ersehen, wie sie auch in dieser Frage stehen werden. Ebenso wie sie die Brüning-Regierung, die die Notverordnungen, den Lohnraub, den Unterstützungsabbau gebracht hat, toleriert haben, so werden sie in dieser Hinsicht selbstverständlich auch das arbeiterfeindliche, reaktionäre Zentrum unterstützen. Wir werden unter allen Umständen gerade diese Tatsache der breitesten Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit und allen Ernstes klar machen, was diese Arbeitsdienstpflicht bedeutet. Sie soll ja in Deutschland in aller nächster Zeit die Grundlage sein, auf der sich die Ausbeutung vollziehen wird. Sie wollen also durch Notverordnungen, durch Hungerunterstützungsabbau usw. die Arbeiterschaft auf das Niveau dieser sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstpflicht bringen und dabei Ihre Kriegspläne verwirklichen. Die Arbeiterschaft, die ja nicht gewillt ist, Ihnen das durchzuführen, werden wir aufrufen zum außerparlamentarischen Kampf, zum Kampf gegen die Lohnräuber, zum Kampf gegen die faschistischen Kriegstreiber gegen die Sowjetunion (Glocke des Präsidenten), und wir werden Ihnen da einen gewaltigen Strich durch die Rechnung machen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lohmeyer.

Abgeordneter Lohmeyer: Meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag auf Unterstützung des freiwilligen Arbeitsdienstes eingebracht. Ich kann nicht verstehen, weshalb die kommunistische Fraktion sich in einer solchen Weise gegen den freiwilligen Arbeitsdienst ausspricht, zumal sie doch selbst in Rußland eine Zwangsarbeit eingeführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Man könnte es vielleicht verstehen, daß sie gegen einen freiwilligen Arbeitsdienst ist (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Von Rußland kennen Sie doch nichts!), weil sie gern eine Zwangsarbeit haben möchten. Diese Zwangsarbeit lehnen wir natürlich ab. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Wenn wir mal ein Sowjet-Deutschland haben, dann werden Sie auch zur Zwangsarbeit herangezogen!)

Wer in der Jugendbewegung steht, spürt die Not der jungen Menschen, die arbeitslos, erwerbslos vor einem Nichts stehen (Abgeordneter Dörr: Sehr gut!), die keinen Lichtblick haben in die Zukunft und die nicht wissen, wie sie einmal in die Lage versetzt werden sollen, sich eine Existenz und eine Zukunft zu bilden. Gerade dadurch, daß so viele junge Menschen erwerbslos sind, werden sie dem Radikalismus in die Arme getrieben, und von diesem Gesichtspunkt aus kann man die Agitation der KPD verstehen.

Die wirtschaftliche Lage läßt in der Gegenwart und auch in der Zukunft noch keinen Lichtblick auf eine Besserung erkennen. Nach der Reichsverfassung aber

hat jeder Deutsche ein Recht auf Arbeit. Angesichts dieser Sachlage und angesichts der wohl heiligen Pflicht aller in Frage kommenden Stellen müssen wir nach Mitteln und Wegen suchen, um diesen jungen Menschen, die eine Arbeitskraft und die Arbeitsmöglichkeit in sich spüren — denn um diese handelt es sich ja —, Gelegenheit zu geben, Arbeit verrichten zu können. (Zuruf der Abgeordneten Frau Esser: Aber gegen entsprechende Bezahlung!) Arbeitsmöglichkeiten dürften überall dort gegeben sein, wo Gemeinden sind, die infolge der Wirtschafts- und Finanzkatastrophe nicht in der Lage sind, notwendige Arbeiten zu verrichten. Wir haben den Etat ja vor uns liegen, in dem Abstriche zu verzeichnen sind, die beweisen, daß wir in einer Finanzkatastrophe stehen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Ausgaben für größere Fragen zu tätigen, die im Interesse der Öffentlichkeit gefördert werden müßten.

Darum haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir haben uns von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß wir z. B. in der Stadt Duisburg 15 000 junge Erwerbslose im Alter von 14—21 Jahren haben. Darunter sind 8000, die keinerlei Unterstützung beziehen können. (Zuruf des Abgeordneten Beck: Warum gibt man ihnen keine?) Wenn man dann berücksichtigt, daß im letzten Jahr 4000 Schulentlassungen vorgenommen sind und daß von diesen 4000 jungen Menschen, die ins Leben hineintreten, nur 1000 in Lehrstellen untergebracht werden können, dann ist die Verantwortung geradezu riesengroß, daß wir hier den jungen Menschen auch einen Lichtblick ins Leben geben, daß sie die Möglichkeit haben, sich eine Stellung, eine Heimstätte oder überhaupt einen Arbeitsplan im Leben zu erkämpfen.

Wir haben von Siedlungen gesprochen. Meine Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, daß der Weg zur Siedlung nur über die Schule des freiwilligen Arbeitsdienstes führen kann; denn beim freiwilligen Arbeitsdienst wird sich zeigen, ob der einzelne geneigt und geeignet ist, auch die schwere Arbeit der Landwirtschaft auf sich zu nehmen. Die Schulung für den Siedlungsdienst kann nur erfolgen durch die Arbeit in Bauernstellen. Es ist dabei zu prüfen, inwieweit eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Unternehmungen hiermit eingeseht werden kann. Es ist notwendig, daß hier beide öffentlichen Faktoren Hand in Hand arbeiten, um somit das große Werk des freiwilligen Arbeitsdienstes zu einem wirklichen Regulativ für unser deutsches Volk zu machen.

Wir haben auch aus praktischen Erfahrungen heraus diesen Antrag gestellt. Ich habe einer Reihe von jungen Freunden die Möglichkeit gegeben, im freiwilligen Arbeitsdienst in Brandenburg zu arbeiten. Im letzten Sommer habe ich diese jungen Menschen besucht, und als sie zu uns nach Meiderich zurückkamen, haben sie mir gesagt: „Wir kommen gerne nach Duisburg zurück zu unserer alten Heimat; aber hier in Duisburg zu leben vermögen wir nicht mehr.“ Weil sie gelernt hatten, daß es draußen im wogenden Kornfeld und bei dem Gesang der jubelnden Lerchen zum mindesten ebenso schön ist, als bei Jazzmusik und im Rintopp zu sitzen. (Zustimmung beim Christlichen Volksdienst und der Bauernpartei.)

Es wurde von dem kommunistischen Vorredner gesagt, daß die jungen Menschen durch unverständige

Eltern vielleicht veranlaßt werden könnten, sich zum Arbeitsdienst verleiten zu lassen. Ich könnte Ihnen das Gegenteil beweisen. Ich habe junge Freunde in Meiderich, die im Gegensatz zum Willen des Vaters zur Arbeit gegangen sind (Zuruf des Abgeordneten Roth: Das habe ich auch gesagt!) und die dann wieder nach Hause gekommen sind. Der Vater war froh, daß der Junge wenigstens den Mut gehabt hat, sich eine Existenz zu sichern. (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Es haben sich ja Hunderttausende freiwillig gemeldet!) Als er Weihnachten nach Hause kam, hat der Vater, ein Eisenbahnbeamter in hoher Stellung, seinen anderen Kindern diesen Jungen, der freiwillig in Brandenburg gearbeitet hat, als leuchtendes Beispiel hingestellt. Der Junge hat wenigstens noch Courage, sich eine Existenz zu sichern.

Helfen wir mit, den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich aus eigener Kraft heraus eine Existenz zu sichern. (Beifall beim Christlichen Volksdienst und der Bauernpartei.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Namens der Arbeitsgemeinschaft habe ich zu erklären, daß die vorliegenden Anträge uns bezüglich ihrer positiven Richtung gar nicht weit genug gehen. (Zuruf von den Kommunisten: Das glauben wir!) Zu dem vorliegenden Antrag ist etwas Positives so gut wir gar nicht enthalten. Positive Erfolge versprechen wir uns aber ganz besonders dann, wenn unseren gestrigen Anregungen bezüglich des freiwilligen Arbeitsdienstes in der Landwirtschaft und bei der Einschaltung der Privatbetriebe Rechnung getragen wird. Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus: Leistung und Gegenleistung. Wir wünschen nicht, daß Werte verloren gehen. (Zuruf links: Arbeitsnachweis!) Zu diesen Werten, meine Damen und Herren, rechnen wir allerdings auch die Unterstützungsbeiträge.

Ich darf hier Beobachtungen oder Gedankengänge einschalten, die ich persönlich während des Krieges gehabt habe, wo man ja Zeit hatte, im Schützengraben manchmal in unendlichen Nächten über alle möglichen Dinge nachzudenken. Da kam einem unwillkürlich die Idee, daß jede Granate, die durch die Luft zog, einen Wert darstellte, der mit deutscher Arbeitskraft hergestellt war und nun in der Luft verpuffte (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Die Erkenntnis kommt ein bißchen spät!), daß es Werte waren, die für unser Volksvermögen unwiederbringlich verloren gegangen sind, die aber für unser Vaterland notwendig waren. (Zuruf links: Sie rüsten ja zum neuen Krieg!)

Hier aber, meine Damen und Herren, handelt es sich darum, Werte für unser Vaterland zu erhalten, und das, was wir an volkswirtschaftlicher Kraft noch haben, nicht in die Luft hinein zu verpuffen.

Da muß man sich doch die Frage vorlegen: Ist es denn gar nicht möglich, das Geld, das nun für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgegeben wird, auch so zu verwerten, daß die Volkswirtschaft wenigstens in irgendeiner Form einen Vorteil von diesen Ausgaben hat? (Zuruf des Abgeordneten Riegel: Die Grubenarbeiter sollen auch noch für 2 M arbeiten, das ist das Ziel!)

Meine Damen und Herren! Wenn man diesen Gedankengängen nachgeht — und ich bemerke ausdrücklich: Hier handelt es sich um einen freiwilligen Arbeitsdienst —, dann soll man den Leuten, welche freiwillig arbeiten wollen, auch diese Arbeit nach jeder Richtung hin ermöglichen und vor allen Dingen den Versuch machen, durch eine Zusatzentschädigung, oder wie man das nennen will, den Leuten noch mehr Anreiz zu solcher freiwilligen Betätigung zu geben.

Nun gibt es ganz zweifelsohne, wie ich gestern schon ausgeführt habe, in der Landwirtschaft Arbeitsgelegenheiten und Arbeiten, welche einfach nicht ausgeführt werden können, weil dem Bauer, dem Betriebsleiter irgendeines mittleren oder größeren landwirtschaftlichen Betriebes die Mittel fehlen, um diese Arbeiten ausführen zu lassen. Ich spreche — darauf möchte ich ausdrücklich aufmerksam machen — nicht von den Arbeiten, welche im regelmäßigen landwirtschaftlichen Betrieb unter allen Umständen ausgeführt werden müssen, sondern ich spreche von Arbeiten, welche dazu dienen können, die Volksernährung in größerem Maße, als es landläufig sonst üblich und möglich wäre, sicherzustellen. Ich betrachte solche Maßnahmen als ein Zusatzprogramm zu dem Reichsprogramm zur Sicherung unserer Ernte. Da möchte ich Ihnen einmal zwei Bilder gegenüberstellen.

Wir haben in der Landwirtschaft manchmal verunkrautete Felder, und ich sehe voraus, daß diese verunkrauteten Felder in diesem Jahr zunehmen werden, einfach aus dem Grunde, weil die Betriebsinhaber nicht in der Lage sind, die nötigen landwirtschaftlichen Arbeiter zu bezahlen und diese Felder so unkrautfrei hinzustellen, wie es wünschenswert wäre. Wir vergessen auch ganz einen landwirtschaftlichen Grundsatz, den ich Ihnen hier mit ein paar Worten sagen kann, daß die Bodenlüftung die halbe Düngung ist, wenn wir durch eine eifrige Hackarbeit den Boden auflockern. Meine Damen und Herren! Ich erinnere an das Beispiel von dem alten Winzer und seinen Söhnen, der auf dem Totenbett sagte: Grabt und grabt und grabt! Darin steckt der große Kern von Wahrheit, daß immer und immer wieder an dem Boden gearbeitet werden muß, um Lüftung in den Boden hineinzubekommen, um die Erträge zu steigern. Meine Damen und Herren! Wenn ich in der Lage bin, die Erträge zu steigern, dann sollte ich doch auch das Nötige tun. Da ist es geradezu für einen volkswirtschaftlich richtig denkenden Menschen ein unerträglicher Anblick, wenn hier ein verunkrauteter Acker ist, der wegen der fehlenden Geldmittel nicht unkrautfrei gehalten werden kann, und an der nächsten Ecke stehen hundert Arbeitslose mit den Händen in der Tasche, so daß einem die Leute leid tun, die gerne arbeiten möchten. (Zuruf des Abgeordneten Kiegel: Die Erwerbslosen sollen graben und Sie wollen das Gold herausholen!) Ich spreche nur von den Leuten, welche freiwillig arbeiten wollen. (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Wenn derselbe Landwirt sich einen Benzwagen anschafft, dann wäre es doch besser, er schaffe ihn ab und nähme einen Hacker dafür!) — Herr Pikard, ich habe das Wort.

Man kann folgendes Verfahren dabei anwenden: Arbeiter, welche freiwillig arbeiten wollen, sollen zusätzlich von den Landwirten für Arbeiten, welche sonst

nicht ausgeführt würden, eine freie Verpflegung erhalten. Damit eröffnen wir dem freiwilligen Arbeitsdienst ganz große Möglichkeiten, die er sonst nicht hat. Der Mann soll den Satz bekommen, der ihm als Zuschuß sowieso zugesprochen ist, also 1,50 oder 2 RM. (Unruhe bei den Kommunisten und Zurufo.) — Lassen Sie mich doch einmal ausreden, dann werden Sie vielleicht anderer Meinung sein. — Er soll dazu freie Verpflegung erhalten und seitens des Landwirtes Unterweisung in der Betätigung in der Landwirtschaft, welche es ihm ermöglicht, überhaupt landwirtschaftliche Arbeiten zu erlernen und sich evtl. auf einen Siedlerberuf vorzubereiten.

Nun habe ich Ihnen, meine Damen und Herren, noch einen neuen Vorschlag zu unterbreiten, der aus unseren Kreisen stammt und auf folgendes hinausgeht: Wenn der Mann des freiwilligen Arbeitsdienstes seine 1,50 oder 2 RM bekommt und dazu freie Verpflegung, so steht er sich besser als andere Leute aus dem freiwilligen Arbeitsdienst. Dann soll er das, was er durch diese zusätzliche Ernährung, die er von dem Landwirt bekommt, erspart, dazu verwenden, um sich freiwillig an dem Leben der Marken für die Invalidenversicherung zu beteiligen. Meine Damen und Herren! Das ist ein ganz wichtiger volkswirtschaftlicher Grundsatz, weil dadurch die Ansprüche an die Invaliden- und die Angestelltenversicherung aufrecht erhalten bleiben. Wenn ich darüber spreche, will ich sofort sagen, wie die Sache auf der anderen Seite bei dem Landwirt aussieht. Der Landwirt gibt die Verpflegung, er lernt die Leute an, er wird auch einen höheren Ertrag haben, darüber ist gar kein Zweifel. Dafür gibt er aber diese Unterweisung, dafür gibt er die Verpflegung. Dieser höhere Ertrag, meine Damen und Herren, kommt aber letzten Endes nicht nur dem Landwirt zugute, sondern unserer allgemeinen Volkswirtschaft, indem die Ernährungsbasis unseres Volkes auf diese Weise verbreitert wird.

Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen, die zu dem Resultat führen sollen, was ich Ihnen eben vorgetragen habe, einer sehr sorgfältigen Durchprüfung bedürfen. Denn es muß selbstverständlich jede Möglichkeit in den Bestimmungen ausgeschaltet sein, daß nun etwa der freie Arbeitsmarkt dadurch belastet wird, daß Leute, die ständig beschäftigt sind, herausgezogen werden, und daß der Landwirt statt ihrer sich nun des freiwilligen Arbeitsdienstes bedient. Solche Bestimmungen lassen sich unschwer treffen; sie müssen ausgearbeitet werden. Darüber läßt sich ein Einvernehmen herbeiführen.

Meine Damen und Herren! Uns von der Arbeitsgemeinschaft liegt daran, daß wir positive Arbeit leisten, daß wir eine Arbeit leisten, welche volkswirtschaftlich richtig und welche folgerichtig ist. (Beifall bei der Arbeitsgemeinschaft.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Körner.

Abgeordneter Körner: Meine Damen und Herren! Wir haben hier eben hören können, daß von der linken Seite gegenüber dem Antrage der Zentrumsfraktion auf Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes eine völlige Verneinung zum Ausdruck gebracht wurde. Der rechten Seite des Hauses ging der Antrag noch nicht weit genug. Wir sehen also, daß auch hier bei

diesem Antrag die Tradition der Zentrumspartei gewahrt bleibt, daß sie wohlabgewogene Mitte darstellt.

Meine Damen und Herren! Wir bejahen grundsätzlich den freiwilligen Arbeitsdienst, weil wir der Auffassung sind, daß in der heutigen Zeit der riesigen Arbeitslosigkeit, dieser anormalen Arbeitslosigkeit, auch neue Wege gegangen werden müssen, daß man nicht nur in alten, ausgeleierten Bahnen weitererschreiten darf, sondern daß man auch den Mut haben muß, neue Wege zu gehen. Dabei wollen wir aber bei grundsätzlicher Bejahung des freiwilligen Arbeitsdienstes jeden Mißbrauch vermieden wissen. Wir möchten vor allen Dingen nicht, daß normale Arbeitsstellen dadurch in Wegfall kommen. Wir möchten auch nicht, daß die Jugendlichen irgendwie ausgenutzt werden. Andererseits sind wir aber der Auffassung, daß man auch nicht vor lauter Bedenken zu gar keinen Handlungen kommen soll. Ich bedaure es außerordentlich, daß z. B. in der Kommission die Hochwasserschutzprojekte von der Durchführung auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgenommen sind. Es ist tatsächlich so, daß in der Rheinprovinz eine ganze Reihe Hochwasserschutzprojekte auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt werden können, deren Durchführung heute nicht möglich ist. Und ich meine, da ist jeder Mißbrauch ausgeschlossen. Wenn eben der kommunistische Redner davon sprach, daß hier faschistische Offiziere zu Anführern des freiwilligen Arbeitsdienstes würden, so habe ich noch keinen faschistischen Offizier gesehen. Im Gegensatz zu Rußland ist es ja hier ein freiwilliger Arbeitsdienst. Kein einziger Jugendlicher wird von irgendeinem Arbeitsamt gezwungen, dem freiwilligen Arbeitsdienst beizutreten.

Trotz aller pessimistischen Voraussagen, daß der freiwillige Arbeitsdienst zu nichts führen würde, haben wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß heute schon Tausende von jungen Menschen in Deutschland im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt sind, allein in der Rheinprovinz rund 4000. Wenn die Mittel und die Möglichkeiten noch größer werden, werden es Hunderttausende von freiwilligen Arbeitsdienstwilligen in unserem Vaterlande sein. Wir haben aber die erfreuliche Feststellung in unserer Heimatprovinz, der Rheinprovinz machen können, daß all die Jugendlichen, die sich freiwillig gemeldet haben, ohne jeden Druck leider nicht im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden können. Darum unser Antrag, der sich deckt mit dem Antrage des Christlichen Volksdienstes, daß auch seitens der Rheinprovinz dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes Bahn gebrochen wird, indem alle Projekte unterstützt werden, vor allem auch mit sachmännischem Rat — denn die Provinz verfügt über sachmännische Erfahrungen, die ausgenutzt werden können —, daneben auch finanziell, soweit das möglich ist. Wir haben in der Rheinprovinz schon gute Er-

fahrungen. Ich würde das begrüßen, nicht nur um volkswirtschaftlich gesunde Projekte durchzuführen, die sonst liegen blieben, sondern vor allen Dingen, um der Gesunderhaltung unserer Jugendlichen willen. Daß sie gesund die riesige Krise überstehen, das ist doch die Hauptaufgabe, die uns als verantwortungsbewußte Menschen obliegt.

Darum möchte ich noch einmal an die Provinz appellieren, daß sie jedmögliche Hilfe den bewährten Trägern des Dienstes und der Arbeit angedeihen läßt, in Form von Beratung und, soweit möglich, auch in Form finanzieller Beihilfen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Getrennte Abstimmung wird wohl nicht verlangt. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des I. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zur Schlußnummer der heutigen Tagesordnung, zu Nummer 27.

Berichterstatter Herr Abgeordneter Lessenich.

Abgeordneter Lessenich : Der II. Sachausschuß bittet, den Antrag Nr. 55 der Staatsregierung zur Prüfung überweisen zu wollen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des II. Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Ich bitte, mich zu ermächtigen, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung die beiden Punkte zu setzen, die den I. und V. Sachausschuß sowie den Sonderausschuß der Landesbank noch zu beschäftigen haben. Dieserhalb sind gemeinsame Sitzungen des I. und V. Sachausschusses auf 9 Uhr und des Sonderausschusses der Landesbank ebenfalls auf 9 Uhr anberaumt. Als letzter Punkt wird dann morgen der Bericht des Sonderausschusses zu den Angelegenheiten der Landesbank auf die Tagesordnung kommen. — Gegen diese geschäftliche Behandlung erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ältestenrat hat beschlossen, zu dem einen Punkt: Beratung der Angelegenheiten der Landesbank, die Redezeit zu beschränken, und zwar auf eine Stunde für die größeren Fraktionen und auf ¼ Stunde für die kleineren Fraktionen und Gruppen. Wenn sich kein Widerspruch aus dem Hause erhebt — das ist nicht der Fall —, dann darf ich feststellen, daß die nötige Mehrheit für die Annahme dieses Vorschlages des Ältestenrates besteht. Wir werden demnach morgen vertagen.

Die Plenarsitzung beginnt morgen um 9½ Uhr.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 19 Uhr 10 Minuten.)